JUNG+LIBERAL

Das **MITGLIEDER-MAGAZIN** der Jungen Liberalen

ZUKUNFTS-GEWITTER

Ausgabe **03/2023** | F 54017 | ISSN 1860-5648 | www.julis.de

I AM BEAU TIFUL

Weil Verpackungen wertvolle Ressourcen sind, wenn wir sie richtig entsorgen. Wir haben bereits viel unternommen, um Plastik und Verpackungen zu reduzieren, Recycling zu fördern und Kreisläufe zu schließen – aber unsere Reise ist noch lange nicht zu Ende. Wir wollen immer besser werden und sind bereit, uns dafür zu verändern.

Lassen Sie uns in den Austausch treten – denn echte Veränderung funktioniert nur gemeinsam. **Es braucht nicht viel. Es braucht viele.**

Better

Erfahren Sie mehr über unseren Plan für weniger Müll und Plastik unter **betterm.mcdonalds.de**

© 2023 McDonald's

SAMUEL KESSLER (21)
ist Chefredakteur der jung+liberal. Gebürtig kommt er vom Bodensee, mittlerweile lebt er aber als Student in München. Als junger Gründer interessiert er sich insbesondere für die wirtschaftlichen und unternehmerischen Fragen unserer Zeit. Du erreichst ihn unter
samuel.kessler@julis.de

Liebe **Julis,**

die „2022 Gen Z and Millennial Survey" von Deloitte hat es aufgezeigt: Die größte Angst der sogenannten Generation Z ist der Klimawandel. Seit mittlerweile einigen Jahren ist die Thematik rund um die Erwärmung der Erde omnipräsent, wodurch sich insbesondere zwei Lager gebildet haben: Die eine Seite hat die große Sorge, dass wir als Gesellschaft nicht genug gegen den Klimawandel tun, woraus Protestaktionen wie das „Klimakleben" entstanden sind, die in der Gesellschaft teilweise auf große Ablehnung stoßen. Darin wurzelt das andere Lager, das von der Klimadiskussion fast schon genervt ist und mit großer Sorge auf steigende Energie- und Spritpreise blickt.

Diese Unterteilung ist natürlich vereinfacht, aber sie zeigt: Klima- und Energiepolitik polarisieren und treiben die Gesellschaft gegenwärtig besonders um. Genau deshalb sprechen wir in dieser Ausgabe über wichtige Themen rund um Energiegewinnung, nachhaltiges Bauen und den Umgang mit den klima- und energiepolitischen Fragen unserer Zeit. Uns Liberalen wird oftmals nachgesagt, uns seien der Klimawandel und seine Folgen egal und wir wären nicht bereit genug dagegen zu tun. Diese Ausgabe zeigt – mit ihrem Mix aus Meinungen und Blickwinkeln – einmal mehr, dass das Unsinn ist.

ZUR VORSTELLUNG

Bevor ihr in die spannende Ausgabe eintaucht, möchte ich diese Gelegenheit nutzen, um mich bei euch als neuer Chefredakteur vorzustellen. Nachdem Leonard seine Zeit als Chefredakteur mit der letzten Ausgabe beendet hat, darf ich als sein ehemaliger Stellvertreter nun die volle Verantwortung übernehmen.

Mein Name ist Samuel Kessler und ich wohne mittlerweile in München, wo ich vor einigen Jahren sowohl der FDP als auch unserer großartigen Organisation beigetreten bin. Geboren und aufgewachsen bin ich am wunderschönen Bodensee, an welchem ich auch heute noch gerne die Gelegenheit nutze, mal abzuschalten. Nachdem ich 2021 mein Abitur gemacht habe, habe ich ein duales Studium im Fach „Wirtschaftsinformatik" bei einem deutschen Autobauer begonnen. Nebenbei hatte ich glücklicherweise immer die Möglichkeit, meiner Passion der Politik zu folgen und habe dieses Engagement bereits vor meiner Zeit als Mitglied der Chefredaktion gerne eingesetzt, um Artikel für die „jung+liberal" Ausgaben zu schreiben.

Mein Ziel ist es, dieses Magazin nicht nur genauso gut wie mein Vorgänger weiterzuführen, sondern ich möchte es – gemeinsam mit Euch als Leser und Autoren – auf ein neues Level heben. Ein erster Schritt dazu ist die Einführung der Kategorie „brandaktuell", mit der wir immer auch den Blick auf Themen jenseits unseres jeweiligen Magazinschwerpunkts legen wollen. Ich freue mich auf die gemeinsame Zeit!

INHALT

KLIMA-SCHUTZ MARKT-WIRTSCHAFT

Seite 5
PAAVO CZWILKA: Interview mit Samuel Kessler

Seite 9
HELENA HERZIG: Interview mit Hartmut Knüppel zur sozial-ökologischen Marktwirtschaft

Seite 12
NADIN ZAYA UND NIKLAS WAGNER: Freiheitsenergien – Vom Winde verweht?

Seite 14
JONAS VIETEN: Warum sich liberale Klimapolitik auf der politischen Bühne schwertut

Seite 16
ALEXANDER KOBUSS: Günstige Energie für alle

Seite 18
LOUIS FUHRMANN UND TIMO GUMPP: Debattenarena

Seite 20
LEONIE VOGLER: Einmal Energiewende, se faz favor

Seite 22
MIKA SCHLEGEL: Kleben statt reden

brandaktuell

Seite 24
LAURENZ FRENZEL: Wie umgehen mit der AfD?

Seite 30
HELM ANDREAS HEIGL UND BERTRAM BARTHEL: Für eine echte Bauwende: Adiós Wärmepumpen, Autostädte, Industrielles Bauen

brandaktuell

Seite 32
ALINA JACOBS: Kunstfreiheit? - Nur solange sie ins Narrativ passt!

Seite 34
VERA VON KOPYLOW: Lesezeichen

WEITERES

Seite 3
Editorial

Seite 6
Neumitgliederleitfaden

Seite 26
Get-Out-the-Vote-Wochenende in Bayern

Seite 27
Get-Out-the-Vote-Wochenende in Hessen

Seite 35
Impressum

INTERVIEW

mit Samuel Kessler

Paavo: Hey Samuel, schön, dass es geklappt hat. Wie war Dein Sommer?

Samuel: Hi Paavo, danke, dass du dir die Zeit genommen hast. Mein Sommer war bisher sehr ereignisreich - nicht nur, weil ich als neuer Chefredakteur unseres Magazins das erste Mal eine eigene Ausgabe verantworten darf, sondern auch, weil ich die Möglichkeit hatte Italien, Spanien und Kroatien zu bereisen, bevor es für mich im September nochmal für ein Praktikum nach Peking geht. Es ist einfach immer wieder die schönste Zeit eines Jahres.

P: [Reaktion]. Kommen wir gleich zum Eingemachten: Zu Beginn Deiner Zeit als Chefredakteur unseres Magazins – was ist Dein wichtigstes Vorhaben, woran messen wir Dich irgendwann mal in Deiner letzten Ausgabe?

S: Als Junge Liberale ist uns das "Vorreiterdenken" besonders wichtig. Umso wichtiger also, dass wir eine Baustelle angehen, die im Rahmen unseres Magazins noch existiert - die Digitalisierung der "jung+liberal". Als stellvertretender Chefredakteur durfte ich bereits dabei sein, als Leonard (ehemaliger Chefredakteur) das Projekt ins Rollen gebracht hat - ich möchte es bestmöglich umsetzen. Hierbei geht es mir nicht nur darum, dass die Artikel unkompliziert und ordentlich online gelesen werden und auf sozialen Netzwerken direkt geteilt werden können. Mir liegt insbesondere die Autorenakquise am Herzen: Mit der Digitalisierung des Magazins soll es einfacher werden, sich als Autor für einen Artikel zu bewerben und es soll noch klarer werden, dass wirklich jedes Mitglied Teil einer Ausgabe werden kann.

P: Nochmal ein Schritt zurück. Wie bist Du bei den JuLis gelandet? Und was hat Dich zum Engagement bewegt?

S: So richtig politisiert hat mich die Bundestagswahl 2017. Das Spektakel um Martin Schulz und natürlich der liberale Wiedereinzug in den Bundestag haben das politische Feuer in meinem damals 16-jährigen Ich entfacht. Seither brenne ich für die liberale Sache.
Weil ich davon überzeugt bin, dass ich Entscheidungen für mich besser treffen kann als der Staat. Weil ich davon überzeugt bin, dass wir mehr individuelle und wirtschaftliche Freiheit brauchen. Und vor allem, weil ich davon überzeugt bin, dass dieses Land auf einem unfassbar großen Potential schlummert.
Mir liegt dieses Magazin besonders am Herzen, weil ein eigener Artikel in der "jung+liberal" tatsächlich mein erstes aktives Engagement bei den Jungen Liberalen war. Damals habe ich einen Artikel über die Waffe der russischen Desinformation im Rahmen des Angriffskriegs auf die Ukraine geschrieben. Da ich sehr viel Gefallen am Schreiben gefunden habe, hat es nicht lange gedauert, bis ich einen weiteren Artikel geschrieben habe. Dementsprechend war es für mich eine relativ schnelle Entscheidung, als ich damals mitbekommen habe, dass die Redaktion der "jung+liberal" einen stellvertretenden Chefredakteur sucht. Dank des Vertrauens des ehemaligen Chefredakteurs hat es dann nicht mehr lange gedauert, bis ich die volle Verantwortung übernehmen durfte.

> **„Mir liegt dieses Magazin besonders am Herzen, weil ein eigener Artikel in der "jung+liberal" tatsächlich mein erstes aktives Engagement bei den Jungen Liberalen war.**

P: Was sich unsere Leser sicherlich fragen: Was ist Deine Lieblingsfarbe und weshalb ist es nicht magenta?

S: So konstruktiv-kritisch ich unserer Mutterpartei teilweise gegenüberstehe, bin ich dennoch ein großer Fan von langen gelben Balken.

P: In Bayern und Hessen läuft die heiße Phase des Wahlkampfs, wenn dieses Interview erscheint. Was tippst Du für die Wahlausgänge?

S: In den vergangenen Landtagswahlen seit 2021 mussten wir leider zu oft herbe Rückschläge in Kauf nehmen. Umso wichtiger ist es, dass die FDP Teil des hessischen und bayerischen Landtags bleibt und beiden Ländern eine liberale Stimme erhält. Mir ist zwar bewusst, dass sowohl Hessen als auch Bayern keine FDP-Hochburgen sind, dennoch glaube ich fest daran, dass wir es schaffen können. Meiner Meinung nach muss sich die FDP - als Regierungspartei auf Bundesebene - trotzdem ernsthaft fragen, wie es sein kann, dass es mittlerweile fünf Landtage ohne liberale Stimme gibt. Als (zugezogener) Münchner kann ich aber hautnah miterleben, wie eifrig die bayerischen Jungen Liberalen Wahlkampf betreiben. Der Spirit der JuLis ist definitiv da - daran kann es nicht scheitern. Um die Frage sehr ehrlich und kurz zu beantworten: Für Hessen bin ich optimistisch, für Bayern hoffe ich.

P: Falls Du im Editorial zu wenig Platz für Deine Vorstellung hattest, bekommst Du jetzt Platz für einen Extra-Fakt über Dich.

S: Bei Bedarf könnt ihr euch mit mir auch gerne auf deutscher Gebärdensprache unterhalten.

P: Vielen Dank für Deine Zeit, ich hatte viel Spaß.

INTERVIEW: PAAVO CZWIKLA (28): ist stellvertretender Bundesvorsitzender und Pressesprecher der Jungen Liberalen. In seiner Freizeit studiert er Philosophie und schreibt dort seine Masterarbeit im Bereich der Demokratietheorie. Du erreichst ihn unter ***czwikla@julis.de***

Dein Engagement bei den Jungen Liberalen

HIER GEHTS LOS

Willst Du Dich bei den JuLis engagieren?

Nein

Yes

Ja

Wo möchtest Du Dich einbringen?

Hauptsache Aktiv dabei!

Gerne auf Bundes- oder Landesebene

Vor Ort

Hast Du bereits Deinen Kreisvorsitzenden informiert?

Habe keine Kontaktdaten.

Check am besten mal den **INSTAGRAM-ACCOUNT** deines KVs aus und schreib eine DM. Alternativ melde dich bei uns unter info@julis.de!

Ja klar!

Werde ich machen

Dann auf gehts!

Worauf hast Du Lust?

Coole Leute kennenlernen, **NETWORKEN** und viel rumkommen.

Ich möchte mein **TALENT EINBRINGEN** und die JuLis maßgeblich mitgestalten.

Net-worker

NETWORKER

Komm zu unseren Events und lerne viele JuLis kennen! Auf dem Bundeskongress (BuKo) warten auf Dich neben spannenden Debatten ein buntes Rahmenprogramm und eine BuKo-Party. Darüber hinaus haben wir über das ganze Jahr verteilt Seminare und Veranstaltungen. Auch Dein Landesverband und die JuLis bei Dir vor Ort bieten tolle Events an. Über die Termine wirst Du per Mail oder über Social Media informiert. Eine aktuelle Übersicht findest Du außerdem unter julis.de/event

An was denkst Du, wenn Du dieses Bild siehst?

WHAT?! Die Dinger gibt es immer noch? Direkt mal die Beschlusssammlung der Julis durchforsten und einen Antrag schreiben.

Krass, in anderen Ländern auf der Welt steht so ein Schrott nicht mal im Museum.

Lol, erstmal n Reel machen #oldschool #backtothe90s

Sind die DGUV-geprüft? Wie viele Ansilumen hat das Teil? Kann der 4K 60FPS?

Simpel: An und Aus. 0 und 1. Die Basis jedes digitalen Gerätes – aber sollten wir mal updaten.

Welches Talent hast du?

ANTRÄGE schreiben, sich in Themen reinfuchsen und politische Zusammenhänge erfassen finde ich großartig. Ich habe ein gutes, präzises Ausdrucksvermögen und kenne mich besonders gut in einigen Politikbereichen aus.

Welche Themen interessieren Dich?

Alles – bei denJuLis muss man Allrounder sein.

Ich habe bestimmte Themen für die ich mich interessiere.

Bundes-arbeits-kreise

Ich kenne mich mit einem **LAND ODER EINER WELTREGION** besonders gut aus. Ein Mulit-Sprachtalent binich auch.

Intkom

Ich heiße Photoshop-Philipp, bin ein laufender **MEME-GENERATOR** und meine Tweets stellen El Hotzo in den Schatten.

Social Media Squad

Meine **VIDEOS** aus YouTube landen in den Trends. Versprochen. Fotografieren ist meine Leidenschaft. Außerdem bringe ich die Veranstaltungstechnik der JuLis aufs nächste Level.

Camera & Event Squad

Ich bin der Überzeugung, dass Politik Vorreiter für **DIGITALISIERUNG** sein muss. Ich entwickle gerne und Azure, Dock und Git sind meine besten Freunde. Außerdem findet ich UX/UI ne ziemlich coole Sache.

IT-Squad

Ich bin leidenschaftlicher Kommunalpolitiker. Ich brenne für die Themen bei mir vor Ort und möchte zeigen, dass wir JuLis Probleme auf **LOKALER EBENE** anpacken.

Lokal-helden

PROGRAMMATIK-GURU

Egal ob Du Allrounder oder Experte in einem Gebiet bist: Du bist richtig in einem unserem Bundesarbeitskreise (BAKs). Sie sind unsere programmatische Ideenschmiede und decken alle wichtigen Politikbereiche ab. Jedes Mitglied kann sich einbringen und ist stimmberechtigt. Melde Dich einfach bei der zuständigen BAK-Leitung unter julis.de/bak.

INTERNATIONAL EXPERT

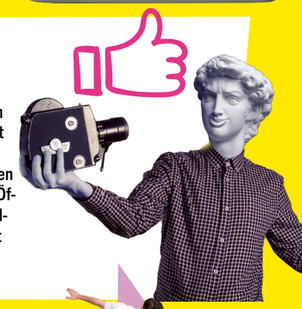
Wenn Du Dich besonders für internationale Politik interessierst, ist das Internationale Komitee das Richtige für Dich. Für jede Weltregion gibt es eine Gruppe, schau mal unter julis.de/intkom vorbei.

SOCIAL MEDIA MANAGER

Als Mitglied im Social Media Squad kannst Du dafür sorgen, dass wir auf Instagram, Twitter & Co. noch aktueller, effektiver und reichweitenstärker werden. Dank der verschiedenen Arbeitsbereiche ist für jeden etwas dabei! Ob Community-Management, Grafik- und Kachelgestaltung oder strategische Planung – talentierte JuLis können sich direkt einbringen. Interesse? Schreibe einfach eine Mail an unsere BuVo-Mitglieder Helena (helena@julis.de) und Maxima (trabert@julis.de).

EVENTINATOR

Als Mitglied im Camera & Event Squad kannst Du dafür sorgen, dass unsere neuen Video- & Streaming-Formate sowie Großveranstaltungen noch innovativer und professioneller aufgestellt sind. Deine Einsatzbereiche sind Verbandsveranstaltungen und Twitch-Streams. Dazu kommen die Erstellung von Fotos und Videos für unsere Öffentlichkeitsarbeit. Wenn Du Dich mit Veranstaltungstechnik oder Fotografie und Videocontent auskennst, ist Dein Ansprechpartner unser Stv. Bundesvorsitzender Tobi (weiskopf@julis.de).



IT-SPEZIALIST

Du realisierst im IT-Squad die Digitalisierung des Verbandes. Dabei kannst Du Dich mit Deinen Fähigkeiten austoben und zum Beispiel unsere JuLi-App mitentwickeln. Azure, Docker und Git sind für Dich keine Fremdwörter? Dann melde Dich bei per Mail bei unserem Chief Digital Officer Piet (schwarz@julis.de).

LOKALHELD

Wir wollen unsere kommunale Basis ausbauen und mit gemeinsamen Antragsinitiativen jungliberale Inhalte und Ideen verwirklichen. Dafür vernetzten sich bei den JuLi-Lokalhelden über 100 jungliberale Mandatsträger und leidenschaftliche Kommunalpolitiker aus der gesamten Bundesrepublik. Schreibe unseren Lokalhelden-Managern Erik (erik.jaeger@julis.de) und Louis

67. Bundeskongress in Weimar

27.–29. Oktober

27. Oktober

Empfang der Bundestagsfraktion der FDP

28.–29. Oktober

67. Bundeskongress, u.a. mit Wahl unserer Spitzenkandidatur für Europa 2024 und Beschluss des Europawahlprogramms

Alle Infos und Anmeldung unter **julis.de**

Wir freuen uns auf Dich!

Dein BuVo

DIE **ÖKOLOGISCHE MARKTWIRTSCHAFT** – AKTUELLER DENN JE

EIN INTERVIEW MIT DR. HARTMUT KNÜPPEL

Beginnen wir ganz von vorne. Kannst du uns mehr über die Anfänge und die Entwicklung der Ökologischen Marktwirtschaft erzählen und wie sie zu einem Markenzeichen der Jungen Liberalen wurde?

Im Jahr 1980 hatte ich in meiner Diplomarbeit im Schlusskapitel beschrieben, wie ich mir eine Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft vorstelle und hierzu unter der Überschrift „Ökologische Marktwirtschaft" zehn Thesen formuliert. Zu dieser Zeit bereiteten wir mit einer kleinen Gruppe die Gründung der Jungen Liberalen vor, und ich formulierte den Entwurf des Grundsatzprogramms. Daneben suchte ich neue interessante Themen abseits des politisch üblichen, und das Schlusskapitel meiner Diplomarbeit bot sich hierfür an. Zum 3. Bundeskongress der Jungen Liberalen in Mainz brachte ich die zehn Thesen als Antrag ein, und ohne die letzte These wurde das Konzept der Ökologischen Marktwirtschaft am 14. November 1981 mit großer Mehrheit von den Delegierten verabschiedet. Die Presseberichterstattung über diesen Bundeskongress und eine mehrfach aufgelegte Broschüre machte die Ökologische Marktwirtschaft einer größeren Öffentlichkeit bekannt. Du hast Recht Helena, im Rückblick kann man sagen, die Ökologische Marktwirtschaft war in den 80er und 90er Jahren ein Markenzeichen der Jungen Liberalen.

Was hat sich mit Blick auf die Ökologische Marktwirtschaft seit den 1980er Jahren getan?

Die FDP hatte Mitte der 80er Jahre die große Chance verspielt, das Themenfeld Ökonomie und Ökologie konsequent zu besetzen und einen marktwirtschaftlich orientierten Umweltschutz im Sinne der Ökologischen Marktwirtschaft konsequent voranzutreiben. Hätte sich die FDP konsequent zur Ökologischen Marktwirtschaft bekannt, wäre sie nicht nur als Wirtschafts- sondern auch als Umweltpartei wahrgenommen worden. Zwar hätte dies den Aufstieg der Grünen wohl nicht ganz verhindert, aber doch deutlich erschwert.

Nach dem Ende der sozialliberalen Koalition im Jahr 1982 trat die Umweltpolitik immer mehr in den Hintergrund. Die Jungen

Liberalen hielten zwar noch lange die Fahne hoch, aber auch bei Ihnen geriet das Konzept langsam in Vergessenheit, und sie kümmerten sich um andere Themen.

Welche Beispiele kannst du nennen, die zeigen, wie die Ökologische Marktwirtschaft bereits erfolgreich angewandt wurde und positive Auswirkungen hatte?

Eine zentrale Idee der Ökologischen Marktwirtschaft ist der Handel mit Emissionszertifikaten. Zu Beginn wurde dieser Handel noch als Verkauf der Umwelt verunglimpft, aber nach einigen Kinderkrankheiten ist dieses marktwirtschaftliche Instrument jetzt fester Bestandteil des umweltpolitischen Ordnungsrahmens in Deutschland und Europa. Seit 2005 gibt es den europäischen Emissionshandel für Energieanlagen und energieintensive Industrieanlagen. Inzwischen ist der Luftverkehr hinzugekommen. Seit kurzem werden in Deutschland auch die Wirtschaftssektoren Wärme und Verkehr mit einbezogen. Und die positive Nachricht lautet: In allen Bereichen, in denen der Emissionshandel schon greift, wurden die vorgegebenen Ziele erreicht und die Umwelt spürbar entlastet.

Welche Rolle spielt die Ökologische Marktwirtschaft deiner Meinung nach in der heutigen politischen Agenda der FDP und der Jungen Liberalen und wofür sollten wir uns konkret einsetzen?

Die umweltpolitischen Kernelemente der Ökologischen Marktwirtschaft sind inzwischen auch programmatische Grundlage der FDP. So der Beschluss des FDP-Bundesvorstands zu den Eckpunkten liberaler Klimapolitik vom 24. November 2019, dessen Entwurf aus meiner Feder stammt. Hier wird beispielsweise gefordert, den Emissionshandel im Sinne der Ökologischen Marktwirtschaft als zentrales Leitinstrument in der Klimapolitik zu verankern und weitere Wirtschaftssektoren in den Emissionshandel zügig einzubinden. Oder dass jeder Euro für den Klimaschutz dort ausgegeben wird, wo er die größte Wirkung erzielt. Oder dass wir gerade bei der Klimapolitik über den nationalen Tellerrand hinausblicken müssen… Kurz, auf wenigen Seiten ist alles zusammengefasst, was man als Liberaler für die klimapolitische Diskussion derzeit benötigt.

Die Beschlusslage ist also eindeutig. Aber Papier ist ja geduldig. Was wir dringend brauchen, sind mehr Liberale, die das Thema Umwelt- und Klimapolitik innerhalb und außerhalb der Partei wieder in den Fokus rücken und das nicht den Grünen überlassen. Und wer wäre dazu besser geeignet als die Jungen Liberalen, die hier schon vor 40 Jahren die politische Speerspitze bildeten? Ja, wir brauchen mehr Umweltschutz, aber bitte nicht wie derzeit mit planwirtschaftlichen bürokratischen Detailvorschriften, die Selbstständige in den Wahnsinn und Unternehmen in den Ruin treiben.

DR. HARTMUT KNÜPPEL (69)
war Mitinitiator und Gründer der Jungen Liberalen und galt in der Aufbauphase als ihr „Chefideologe“ (DER SPIEGEL). Im ersten Bundesvorstand war er stellvertretender Bundesvorsitzender und Pressesprecher. (Hans-Dietrich Genscher machte ihn zu seinem persönlichen Referenten. Die weiteren Stationen: Industrie-Pressesprecher, Leiter der Begabtenförderung der FNF, Geschäftsführer des Bundesverbands deutscher Banken. Danach wurde er Pressechef der Dresdner Bank, bevor er elf Jahre lang als Geschäftsführender Vorstand den Deutschen Derivate Verband (DDV) leitete. Derzeit arbeitet er als Executive Coach.)

Das Senken von Emissionen und das Reduzieren von Müll sind beides politische Mengenprobleme, auf die wir als Ökoliberale mit Begrenzung, Bepreisung und dem Handeln der ökologisch vertretbaren Menge reagieren können. Aber welche Antworten bietet die ökologische Marktwirtschaft auf das Problem des Artensterbens und des Verlustes von Biodiversität? Kommt die ökologische Marktwirtschaft hier an ihre Grenzen?

Hauptaufgabe der Klimapolitik ist es, die Treibhausgase spürbar und nachhaltig zu verringern. Der Königsweg hierzu ist die Bepreisung der CO2-Emissionen, und zwar am besten mit Emissionslizenzen. Dieses umweltpolitische Instrument eignet sich aber nicht zur Lösung jedes anderen Umweltproblems. Gerade mit Blick auf die schwindende Biodiversität und das Artensterben kommt man um das Verbot von hochgiftigen Abfällen und stark toxischen Emissionen nicht herum. Gebote und Verbote sind im Übrigen Bestandteile jedes marktwirtschaftlichen Ordnungsrahmens und gehören damit auch zum Instrumentenkasten der Ökologischen Marktwirtschaft. Man sollte sie aber nur da einsetzen, wo andere Instrumente nicht funktionieren. Im Zweifel sind Anreize, die umweltfreundliches Verhalten belohnen oder umweltschädliches finanziell bestrafen ökologisch effektiver und wirtschaftlich effizienter.

Glaubst du, dass die ökologische Marktwirtschaft auch international an Bedeutung gewinnt, und wenn ja, wie kann sie auf globaler Ebene gefördert werden?

Der Klimawandel ist nicht zu stoppen, selbst wenn Deutschland keine einzige Tonne CO2 mehr freisetzen würde. Aber man kann und muss den Klimawandel abbremsen. Dazu ist eine gemeinsame Kraftanstrengung aller großen CO2-Emittenten unabdingbar. Idealerweise sollten alle Länder mit ihren wichtigsten Wirtschaftssektoren in ein weltweites Emissionshandelssystem eingebunden werden. Der Weg dahin ist zwar noch weit, aber die ersten Schritte beispielsweise mit regionalen Emissionshandelssystemen wie in Kalifornien sind gemacht. Selbst China, der weltweit größte CO2-Emittent, ist mit der Einführung eines Emissionshandels schon weit vorangekommen. Viele dürften überrascht sein, in wie vielen Ländern oder Teilregionen der Emissionshandel bereits stattfindet oder in Kürze eingeführt wird.

Welche Ratschläge würdest du jungen Menschen geben, die sich für die Ideen der ökologischen Marktwirtschaft engagieren und sie vorantreiben möchten?

Politisches Engagement lohnt sich, doch erfolgreiches Engagement setzt Sachkenntnis, Durchhaltevermögen sowie eine klare und einprägsame Kommunikation voraus. Die Ökologische Marktwirtschaft ist in Teilen erklärungsbedürftig. Staatliche Verbote und Gebote versteht jeder, die Funktionsweise einer Marktwirtschaft und marktwirtschaftliche Instrumente wie der Emissionshandel sind hingegen etwas schwerer zu erklären.

Doch wir dürfen die Umwelt- und Klimapolitik nicht den Grünen und ihren zahlreichen Vorfeldorganisationen überlassen. Marktwirtschaft und neue Technologien sind kein Teufelszeug. Sie sind nicht das Problem, sondern ein wesentlicher Bestandteil der Lösung.

Die Ökologische Marktwirtschaft ist ein Freiheitskonzept, ökologisch effektiv und ökonomisch effizient. Werben wir wieder dafür.

Mehr Infos zur ökologischen Marktwirtschaft gibt es hier

INTERVIEW UND TEXT: HELENA HERZIG (24)
kommt aus Ludwigsburg in Baden-Württemberg. Sie ist ausgebildete Industriekauffrau mit Zusatzqualifikation für internationales Wirtschaftsmanagement. Heute widmet sie sich ihrem Betriebswirtschaftsstudium mit Fokus auf Nachhaltigkeit und Ressourceneffizienz

DIE ÖKOLOGISCHE MARKTWIRTSCHAFT AUF EINEN BLICK

Der 3. Bundeskongress der Jungen Liberalen hat am 14. November 1981 in Mainz mit großer Mehrheit das Konzept zur Ökologischen Marktwirtschaft beschlossen. Damit waren die Jungen Liberalen die erste politische Organisation im gesamten deutschsprachigen Raum, die den Begriff der Ökologischen Marktwirtschaft verwendet und sich für dieses Konzept eingesetzt haben.

Die ökologische Marktwirtschaft ist das idealtypische Modell einer marktwirtschaftlich orientierten sowie sozial und ökologisch verpflichteten Wirtschaftsordnung. Sie stellt kein Gegenmodell zur Sozialen Marktwirtschaft dar. Mit der Ökologischen Marktwirtschaft wird die Soziale Marktwirtschaft vielmehr erneuert und weiterentwickelt. Die Ökologische Marktwirtschaft nimmt die Grundelemente der Sozialen Marktwirtschaft auf, korrigiert Fehlentwicklungen und ergänzt fehlende Aspekte.

ZWEI LEITGEDANKEN PRÄGEN DIE ÖKOLOGISCHE MARKTWIRTSCHAFT:

1. Der Produktionsfaktor Natur wird nicht länger als freies kostenloses Gut eingestuft. Ebenso wie der Produktionsfaktor Kapital und der Produktionsfaktor Arbeit soll auch der Produktionsfaktor Natur Gegenstand wirtschaftlichen Handelns werden. Dabei sind die bisherigen externen Kosten der Umweltnutzung verursachergerecht in interne Kosten umzuwandeln, und der jeweilige Knappheitspreis des Produktionsfaktors Natur ist vollständig in die betriebliche Kostenkalkulation einzubeziehen.
Das Ziel lautet: Mehr Umweltschutz in der Marktwirtschaft.

2. Der umweltpolitische Ordnungsrahmen, mit dem der Staat die politisch fixierten Umweltstandards und die umweltpolitischen Instrumente zur Erreichung dieser Umweltqualitätsziele vorgibt, hat sich an marktwirtschaftlichen Grundprinzipien auszurichten. Die starren planwirtschaftlichen Instrumente, die in der bundesdeutschen Umweltpolitik vielfach dominieren, sollen so weit wie möglich durch marktwirtschaftliche Instrumente ersetzt bzw. ergänzt werden. Hier lautet das Ziel: Mehr Marktwirtschaft im Umweltschutz.

Neben der Verbindung von Umweltschutz und Marktwirtschaft umfasst das ursprüngliche Konzept der Ökologischen Marktwirtschaft auch andere wirtschafts- und gesellschaftspolitische Felder, in denen marktwirtschaftliche Prinzipien nur unzureichend zur Geltung kommen. Die Überschriften dazu lauten: Dezentralisierung (These 6), Abbau von Bürokratie und Staateingriffen (These 7), Stärkung der Selbstverantwortung des Einzelnen, Privateigentum, Vermögensbildung und Mitbestimmung (These 8), Ökologie und technischer Fortschritt (These 9).

AUS DEM BESCHLUSS DES FDP-BUNDESVORSTANDS VOM 24. NOVEMBER 2019

„Wir Freie Demokraten wollen eine ökologische Marktwirtschaft, die sich an den beiden Leitgedanken „Mehr Umweltschutz in der Marktwirtschaft“ und „Mehr Marktwirtschaft im Umweltschutz“ orientiert und so Ökologie und Ökonomie miteinander versöhnt. Damit können wir das Klima für uns und für die nachfolgenden Generationen gleichermaßen ökologisch wirksam wie ökonomisch effizient schützen.“

DER EMISSIONSHANDEL IN KÜRZE

Der Emissionshandel funktioniert recht einfach. Jeder, der im Rahmen seiner wirtschaftlichen Tätigkeit eine bestimmte Menge CO2 freisetzt, braucht hierfür eine Lizenz, sprich ein Emissionszertifikat. Je mehr er emittiert, umso mehr Zertifikate benötigt er. Die politischen Entscheider eines Landes legen fest, wie viel CO2 in einem Jahr maximal emittiert werden darf und wie viele Zertifikate damit zur Verfügung stehen.

Der Preis der Lizenzen hängt von Angebot und Nachfrage ab. Durch den Börsenhandel mit den Lizenzen tritt der marktwirtschaftlich erwünschte Effekt ein, dass die CO2-Emissionen genau dort vermieden werden, wo die Vermeidung am einfachsten und mit den geringsten Kosten verbunden ist. Durch die Deckelung der Emissionsmenge werden die politischen Vorgaben sicher erfüllt. In der EU wird die erlaubte Emissionsmenge derzeit jährlich um 1,74 % verringert, um die mittelfristigen Klimaziele zu erreichen.

Freiheitsenergien VOM WINDE VERWEHT?

Aus Windkraft produzierter Strom ist nicht nur günstig und nachhaltig – er macht uns auch unabhängig. Das stellte Finanzminister Christian Lindner in seiner Rede kurz nach Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine mit seiner Metapher der Freiheitsenergien fest. Seitdem hat sich einiges getan. Das EEG wurde novelliert und Ausbauziele angepasst. Bereits heute deckt Windenergie 32 Prozent unseres Strombedarfs und ist damit die wichtigste Einzelquelle.

Das Ausbau-Tempo legt zu. Im ersten Halbjahr 2023 wurden 50 Prozent mehr Anlagen errichtet als noch im Jahr zuvor. Der größte Teil entfällt dabei auf die norddeutschen Flächenländer. Logisch, dort weht auch der meiste Wind; der Zubau ist also besonders attraktiv. Während Schleswig-Holstein die Liste mit 152 neuen Anlagen anführt und Niedersachsen mit 52 Anlagen folgt, wurden in Mecklenburg-Vorpommern nur 12 neue Anlagen in Betrieb genommen. Was auf den ersten Blick paradox erscheint, lässt sich leicht erklären, wenn man den Genehmigungsstau betrachtet. Allein in Mecklenburg-Vorpommern sind über 1000 Anlagen in Bearbeitung. Das Verfahren dauert im Schnitt 33 Monate – nur Hessen ist langsamer. Die rot-rote Landesregierung lässt mit jedem Tag die Chance auf kostengünstigen und klimafreundlichen Strom verstreichen. Diese Ignoranz können wir uns nicht leisten.

In Niedersachsen hat die neue rot-grüne Koalition erste Maßnahmen ergriffen. Doch auch dort stellen die Genehmigungen das größte Hindernis dar.

Dass das ein großes Problem ist, wird schnell klar, wenn man sich die anvisierten Ausbauziele anschaut. Nach Kanzler Scholz sollen bis 2030 „im Schnitt vier bis fünf Windräder pro Tag“ in Betrieb gehen. Von diesem Ziel sind wir aktuell weiter weg als Ferrari vom Gewinn der Formel 1-Weltmeisterschaft. Gerade einmal 1,8 Windräder werden in Deutschland im Schnitt pro Tag errichtet. Was können wir tun, um im Sturmtempo zur nachhaltigen Zukunft zu gelangen?

Der größte Knackpunkt, wenn es um branchenübergreifenden Fortschritt in Deutschland geht, ist Bürokratie. Anfang des Jahres hat das Bundeskabinett die Genehmigungsverfahren von Windkraftanlagen durch den Wegfall einiger Auflagen zumindest an den EU-Maßstab angepasst. Der Ausbau stockt dennoch mangels verfügbarer Infrastruktur. Der niedersächsische grüne Umweltminister kündigt massenhaft neue Anlagen an, doch es scheitert am Schwertransport über die Autobahnen, weil zu viele parallel laufende Baustellen nicht fertig werden. Rechnet man den zeitlichen Aufwand des Genehmigungsverfahrens, des Transports und des Baues zusammen, können die Energieziele faktisch nicht eingehalten werden. Die Einrichtung von One-Stop-Shops, durch die online und gebündelt in einem Verfahren effizient genehmigt werden können, ist anderswo längst üblicher Standard. Für die Planungssicherheit von Unternehmen, im besten Fall sogar durch beteiligte Bürger, braucht es enge und vor allem kurze Fristsetzungen für Entscheidungen. So setzen wir die Behörden unter Handlungsdruck und stärken die Position der Initianten.

Wie schafft man es trotz der Abwehrhaltung einiger Anwohnerinnen und Anwohner von Windparks, einen gleichermaßen fairen wie funktionsfähigen Interessenausgleich herzustellen? Die Diskussion um die Abstandsregelungen und den Einfluss auf Grundstückspreise führt bei so manchem bayerischen Ministerpräsidenten schon seit längerem zur Resignation. Insofern gilt es die Frage, wie wir die individuellen Vorteile spürbar hervorheben, überzeugend zu beantworten. Diese Antwort liegt im Konzept der Bürgerwindparks, welches eben diese Vorteile in den Vordergrund stellt. Anwohnerinnen und Anwohner werden an den Erträgen der Windkraftanlagen in ihrer Umgebung finanziell beteiligt. Dank dieses Systems tragen die Anwohnerinnen und Anwohner selbst zu der Entscheidung über den Bau des Windparks bei. Außerdem eröffnet es die Möglichkeit einer regionalen Investition mit nahezu sicherem langfristigen Profit.

Der fortführende Ausbau führt allerdings auch zu neuen Herausforderungen. Netze müssen ausgebaut werden und für die steigende Produktion gerüstet sein. Diese Kosten werden über Netzentgelte in der Stromrechnung auf die Bürgerinnen und Bürger umgelegt. Das Problem: Dort wo viel Strom produziert wird, beispielsweise durch Windkraft, zahlen die Menschen mehr. Das trifft vor allem den ländlichen Raum in Norddeutschland und schwächt die Akzeptanz erneuerbarer Energien vor Ort. Eine Reform muss schnellstmöglich her, um für Planungssicherheit und Entlastung zu sorgen. Auch unterschiedliche Strompreiszonen können ein nützliches Mittel auf dem Energiemarkt sein.

Wie lösen wir das Problem mit den Abstandsregelungen? Wir bauen einfach dort, wo niemand wohnt. Zum Beispiel in der Ostsee. Hierzu gibt es endlich gute Nachrichten. Ausschreibungen zur Nutzung der Flächen in der Ostsee laufen bereits und “zeitnah” soll es auch eine elektronische Versteigerung geben. Wir können also festhalten, dass das Projekt Offshore zumindest Fahrt aufnimmt. Und das Potenzial ist enorm. Im Durchschnitt wird angenommen, dass Offshore-Windanlagen etwa 2- bis 3-mal mehr Energie pro installiertem Megawatt erzeugen können als Onshore-Anlagen. Um die selbst gesetzten Ziele zu erreichen, muss da allerdings auch noch deutlich mehr passieren. Gerade erst gab US-Präsident Biden bekannt, dass sein 2 Billionen Dollar großer Infrastrukturplan auch 12 Milliarden für Offshore-Windkraftanlagen berücksichtigt. Die Umsetzung schließt hierbei unmittelbar an den Plan an. Der endgültige Bau der Offshore-Anlagen kommt wie gewohnt spät, aber er kommt und öffnet somit die Tür zu den am effizientesten betriebenen Windparks, die es gibt.

Windenergie birgt auch versteckte Potenziale. Oftmals weht mehr Wind als Bedarf an Strom da ist. Windanlagen abzuschalten ist zwar eine Option, aber dadurch werden wertvolle Kapazitäten nicht genutzt. Was also tun mit dem überschüssigen Strom? Wasserstoffproduktion ist da sicherlich eine gute Idee. In Nechlin, einem kleinen Dorf in Brandenburg, geht man allerdings einen kleinen Schritt weiter. Dort steht ein Windwärmespeicher, eine kleine Anlage mit einem Wasserbecken, welches durch eine Elektroheizung mit überschüssigem Strom erhitzt wird. Angeschlossen ist die Anlage an ein Nahwärmenetz. Die umliegenden Windanlagen versorgen das Dorf also nicht nur mit klimafreundlichem Strom, sondern auch mit nachhaltiger Wärme. Dafür sind keine großen Flächen und langen Netze notwendig. Insbesondere im ländlichen Raum könnte so eine kostengünstige und autarke Energieversorgung für alle Haushalte geschaffen werden.

Es ist ermutigend zu sehen, dass der Ausbau der Windenergie Fahrt aufnimmt, insbesondere in den windreichen Regionen Norddeutschlands. Die Zukunft der Windenergie ist voller Chancen und Herausforderungen, aber sie bietet uns als Freiheitsenergie die Möglichkeit, eine nachhaltige und unabhängige Energiezukunft zu gestalten. Lasst uns gemeinsam daran arbeiten, Deutschland zur Windnation zu machen.

TEXT:
NADIN ZAYA (24)
studiert Rechtswissenschaften in Hannover und ist Landesvorsitzende der JuLis Niedersachsen. Ihr erreicht sie unter ***nadin.zaya@julis.de***

NIKLAS WAGNER (21)
studiert Betriebswirtschaftslehre in Greifswald und ist Landesvorsitzender der JuLis Mecklenburg-Vorpommern. Ihr erreicht ihn unter ***wagner@julis-mv.de***

Warum sich liberale Klimapolitik auf der politischen Bühne schwertut

Wer in diesen Tagen einen Blick in die Medien wirft, der kann schnell den Eindruck gewinnen, 2023 wäre das letzte Jahr mit atembarer Luft, sauberem Grundwasser und Wäldern, die noch nicht von scheinbar immer hungrig werdenden Flammen heimgesucht wurden. Dabei wird gebetsmühlenartig das wiederholt, was wir längst wissen – oder wissen sollten; die Aluhutfraktion außenvor gelassen.

Klar ist: unser Planet erwärmt sich. Die Lebensgrundlagen für die Länder des globalen Südens, und damit mittelbar auch unsere, sind bedroht. Der Klimawandel stellt eine Gefahr für das Leben dar, so wie wir es kennen. Das abstrakte Problem des ansteigenden CO2-Gehalts in unserer Atmosphäre hat sehr greifbare Folgen, die bereits heute spürbar sind. Die gefangenen Sonnenstrahlen bringen die Polkappen zum Schmelzen, welche in den vergangenen Jahrhunderten ihre schützende Hand über unsere Erde legten. Küstenstaaten blicken einem steigenden Meeresspiegel mit Sorge entgegen.

Gleichzeitig sind CO2-Speicher wie Moore rückläufig, was das Problem weiter verschärft. Allein die Auflistung der Auswirkungen würde den Umfang dieser Ausgabe weit überschreiten.

Doch wie begegnen wir dieser gewaltigen Aufgabe? Die Ansätze sind, wie so oft in der Politik, grundverschieden. Alle demokratischen Parteien verfolgen dabei mit Gewissheit dasselbe Ziel – auch wenn die politisch Linke gerne Gegenteiliges behauptet. Die einen fordern die Einschränkung der individuellen Freiheit, um mit staatlichen Eingriffen das Ziel der Klimaneutralität – koste es was es wolle – durchzuboxen. Andere wollen die Menschen samt ihrem Wohlstand mitnehmen und es für Unternehmen, die größten Emittenten von CO2, attraktiv machen, klimaneutral zu wirtschaften.

Für eine dieser Seiten hege ich gewisse Sympathien. Der Liberalismus ist kein politisches Sammelbecken für Desinteressierte, Verantwortungslose und Wissenschaftsleugner. Im Gegenteil. Der Liberalismus eröffnet dem Individuum die maximale persönliche Entfaltung, mahnt aber zugleich, dass Freiheit und Verantwortung Kehrseiten derselben Medaille sind. Wer frei darüber entscheiden möchte, ob er mit dem Zug nach Castrop-Rauxel fährt oder mit dem Flugzeug nach Sylt fliegt, der muss sich mit den Folgen seines Handelns für Gesellschaft und Umwelt auseinandersetzen.

Sicher ist der politisch Linken zugute zu halten, dass sie den sichereren Weg wählt. Wer notfalls mit drastischen staatlichen Mitteln individuelle und unternehmerische Freiheiten einschränkt, der kann mit einer Bestimmtheit das Ziel der Klimaneutralität bis 2045 erreichen. Doch kann ein Pfad langfristig erfolgreich sein, der die Gesellschaft als reines Mittel zum Zweck versteht?

Der Staat existiert für den Bürger, nicht der Bürger für den Staat. Das schien etwa beim GEG, dem „Heizungsgesetz" in Vergessenheit geraten zu sein. Dort sollte der Einzelne durch überfordernde Investitionen im Hauruckverfahren das geradebiegen, was der Staat versäumt hatte. Die Bürger unseres Landes haben jedoch ein feines Gespür dafür, wann sie auf eigene Kosten Staatsversagen richten sollen. Leider gelingt es der FDP bisher nicht, gerade diesen Menschen das Angebot liberaler Politik zu unterbreiten, welche solche Eingriffe ablehnt.

Es ist eine perfide (Rot-)Rot-Grün-Rechnung, überall so viel Staat wie möglich durchsetzen zu wollen, aber ausgerechnet in den drangsalierendsten Situationen plötzlich Partei für die Magie des Individualismus zu ergreifen und an der Tasche des Einzelnen Regress für Regierungsversagen zu nehmen. Während der Linkspartei sicherlich noch eine neue Steuer oder ein weiteres Schuldenpaket eingefallen wäre, um Oma nicht zum Hausverkauf zu zwingen, stützen die Grünen ihr Vorgehen auf den omnipräsenten Rechtfertigungsgrund „Klimakatastrophe" („-wandel" ist dort bereits eine gefährliche Untertreibung).

Wie gefährlich es ist, wenn sich Berlin von dem Machbaren seiner Bürger entkoppelt, lässt sich an den Umfragewerten der AfD ablesen. Ein Grund für die Hochkonjunktur von Rechtsaußen ist, dass der Staat kein Ohr mehr für die Bedürfnisse und Nöte seiner Bevölkerung zu haben scheint. Nicht jeder ist finanziell imstande, seinen zehn Jahre alten Corsa gegen ein E-Auto auszutauschen und an der Wallbox des Eigenheims zu laden. Nicht jeder kann seine Kinder mit dem Lastenfahrrad in die bilinguale Kita in Berlin-Mitte fahren, weil die Wege auf dem Land zu groß sind. Und nicht jeder ist bereit, seinen Italien-Urlaub mit der Familie nach Monaten des harten Arbeitens gegen Stadtranderholung und Campingplatz einzutauschen. Die Frage nach der Handhabung des Klimawandels ist also eine fundamentale.

Der Liberalismus bietet ein einfaches Ziel. Ihm lässt sich schnell in einem Instagram-Kommentar vorwerfen, er vertraue wahnwitzig auf „die unsichtbare Hand des Marktes", fördere ein „Weiter so" oder vertrete gar Interessen der fossilen Lobby. Die Realität sieht selbstredend anders aus. Liberale legen das Vertrauen und den nötigen Mut an den Tag, Kontrolle in einem gewissen Maße abzugeben. Das Selbstverständnis, heute mit absoluter Gewissheit prognostizieren zu wollen, was in Zukunft technisch möglich sein wird, ist vor der Geschichte gescheitert.

Wir müssen Menschen für Klimaschutz begeistern. Wir müssen ihnen vor Augen führen, dass die Einhaltung der Pariser Klimaziele keine Wahlkampfunterstützung für Politiker ist. Niemand wird sich dagegen wehren, wenn die Luftqualität in Innenstädten zunimmt. Jedes Gewissen besänftigt es, wenn der Urlaubsflieger E-Fuels statt Öl aus Schurkenstaaten tankt. Natürlich schmecken die heimischen frischen Zutaten besser als importierte Insektizid-Tomaten. Kurz: alle profitieren von einem gemeinsamen Kurs zur Emissionsreduktion. Das kann jedoch nicht ohne die Menschen geschehen, für die diese Bundesregierung regiert. Etwa Technologieoffenheit mag zwar riskanter wirken als die „beruhigende" Gewissheit des absoluten Verbots. Sie, ein flächendeckender, lückenloser Zertifikathandel oder die freie Wahl des Transportmittels bieten jedoch einen Vorteil, den nur der Liberalismus für sich verbuchen kann: gesellschaftlichen Frieden und individuelle Freiheit. Die begrenzte Zeit auf dieser Erde für jeden von uns sollte nicht von der geringstmöglichen Freude am Leben bestimmt sein. Im Gegenteil. Wir müssen uns sogar den größtmöglichen Spaß auf die persönliche Agenda setzen, den die Verantwortung für unsere nachfolgenden Generationen zulässt.

Unternehmen müssen wieder davon profitieren können, dass der Staat als Möglichmacher, nicht als Macher agiert. Er muss das Ziel vorgeben und den Rahmen abstecken. Gerade der Weg dorthin kann tatsächlich das Wirtschaftswunder sein, von dem die Grünen gerne sprechen. Dann müssen wir Unternehmen aber auch den Raum zugestehen, um dieses Wirtschaftswunder zu zaubern.

Deutschlands Federführung bei Schlüsseltechnologien hätte und hat das Potenzial, die Wohlfahrt gerade derjenigen zu fördern, die finanziell abgehängt sind. Es scheint beinahe selbstironisch, dem Fiskus stetig neue Einnahmequellen aus den Taschen der Bürger und Unternehmen eröffnen zu wollen, wenn Industrie und Gesellschaft nahezu um die Erlaubnis zum Wachsen betteln, um dem Staat florierende Steuereinnahmen einzubringen.

Der Liberalismus ist eine Win-Win-Situation und vermag gerade die Probleme zu lösen, die in Form von Slogans linkspolitische Wahlplakate zieren. Baerbock, Habeck und Co verwechseln nämlich eines: Nicht die Klimaneutralität Deutschlands wird anderen Ländern ein Vorbild sein, sondern das Maß an gesellschaftlicher Freiheit, das damit einhergeht. Menschen in Indien sehnen sich nicht nach einem Verbrennerverbot, sondern nach Wohlstand.

Wenn es uns gelingt, Deutschland zum internationalen Goldstandard für die Vereinbarkeit von Klimaschutz, Wohlfahrt und Freiheit zu formen, dann werden wir fortan die Tage zählen, bis sich auch die letzte Industrie- und Schwellennation dem Erfolgsrezept made in Germany freiwillig angeschlossen hat.

TEXT:
JONAS VIETEN (23) studiert Jura und ist Mitglied des Ortsvorstandes in Grevenbroich. Er ist als DJ für elektronische Musik unterwegs und verbringt seine Freizeit am liebsten in seiner Wahlheimat Düsseldorf.

GÜNSTIGE ENERGIE FÜR ALLE

DAS ZEITALTER DER KERNFUSION HAT BEGONNEN

Es ist in den letzten Jahren selten geworden, dass große Durchbrüche in der Forschung die Schlagzeilen der Tageszeitungen dominieren. Viel Platz geht drauf für reihenweise dramatische Meldungen über die zahlreichen Krisen auf der Welt. Der Klimawandel ist – gerade in den heißen Sommermonaten – da ein Dauerbrenner. Doch im Dezember 2022 geschieht eine Sensation. Ein Durchbruch in der Forschung geschieht: Die National Ignition Facility in den USA erzielt erstmals einen substanziellen Energieüberschuss durch Kernfusion. Diese Meldung ist so einschlägig, dass sie für kurze Zeit die Meldungen des anstehenden Weltuntergangs verdrängt und etwas träumen lässt. Wir haben allen Grund dazu, denn dieser Dezember könnte ein neues Zeitalter der Energiegewinnung eingeläutet haben.

KEINE NEUE IDEE

Kernfusion ist keine besonders neue Idee. Nachdem die Menschheit die Potenziale der Kernspaltung in der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts erkannt hat, wird seit den 1960er Jahren intensiv an der Idee geforscht Atomkerne zu fusionieren und die daraus gewonnene Energie zu nutzen. Die Kernfusion ist der physikalische Prozess, mit dem unsere Sonne ihre Energie erzeugt. Die aus der Fusion gewonnene Energie ist dabei weitaus größer als die Energie, die sich aus der Spaltung radioaktiver Elemente generieren lässt. Hinzukommt, dass durch den Prozess so gut wie keine radioaktiven Abfälle entstehen und da die Reaktion nur so lange aufrechterhalten wird, wie Wärme hinzugefügt wird, ist eine Kernschmelze wie im Falle der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl physikalisch ausgeschlossen. Es ist also nachvollziehbar, warum diese Idee der Fusionsenergie schon solange die Forschung in der Physik fasziniert.

Doch die Sonne auf die Erde zu holen ist keine einfache Aufgabe. Trotz jahrzehntelanger Forschung und immer wieder ausgerufenen Versprechen, dass der erste Fusionsreaktor höchstens zehn Jahre entfernt sei, waren die Entwicklungen noch nicht genug, um wirkliche Perspektiven für die saubere Energiegewinnung aus der Fusionstechnologie zu realisieren. Doch seit dem Dezember des letzten Jahres ist das anders. Zum allerersten Mal wurde in den USA im Verfahren der laserinduzierten Fusion 50 Prozent mehr Energie erzeugt als hineingesteckt wurde. Damit hat die National Ignition Facility gezeigt, dass die Kernfusion kein weit entfernter Traum, sondern Realität geworden ist.

DER WETTLAUF HAT SCHON BEGONNEN

Der Durchbruch der amerikanischen Forscher führte nicht nur dazu, dass es zumindest für zwei Tage eine angenehme Unterbrechung der Dauerbeschallung mit Doomsday-Szenarien gab, sondern auch ein Wettlauf losgetreten wurde, der im Bereich der Fusionsenergie noch nie dagewesen ist. Die Fraunhofer-Gesellschaft erfasst, dass die Investitionen in die Fusionstechnologie in den letzten Monaten rasant angestiegen sind – so viel wie noch nie. Das gilt nicht nur für die staatlichen Investitionen, wo die USA mit Abstand Vorreiter sind, sondern auch im privaten Bereich werden Milliardensummen an Venture-Capital eingesammelt, um Unternehmen zu finanzieren, die die Fusionstechnologie zur Marktreife bringen wollen. Das gilt für beide Ansätze der Fusionstechnologie – die Laser- und die Magnetinduzierte Fusion.

Auch in Europa und insbesondere in Deutschland gibt es zahlreiche Bemühungen im Bereich der Kernfusion. Neben dem Milliardengrab für Steuergelder, dem Tokamak-Fusionsreaktor „ITER", der in Frankreich steht und vor allem von der EU finanziert wurde, gibt es auch innovative Forschungsträger, wie die Fusionsprojekte in Greifswald und die Projekte des Max- Planck-Instituts. Auch im privaten Bereich gibt es insbesondere im Großraum München ein regelrechtes Start-Up-Hub von Ausgründungen, die ihren Anfang an der TU und der LMU München gemacht haben. Diese Gelegenheit muss Deutschland ergreifen. Nachdem sich die Bundesrepublik zum internationalen Gespött mit dem Ausstieg aus der Kernspaltung gemacht hat und dadurch nicht mal mehr genug Kerningenieure vorhanden sind, um den Rückbau der abgeschalteten AKWs (die man wieder ans Netz nehmen sollte) zu realisieren, soll die Fusionsenergie der Zukunft in Deutschland entwickelt werden.

INNOVATION ERMÖGLICHEN, STATT SIE ZU VERBIETEN

Das Vertrauen in den deutschen Staat ist nicht, völlig zurecht, nicht sonderlich hoch, wenn es darum geht die Rahmenbedingungen für einen innovativen Technologiestandort zu schaffen. Doch das BMBF unter der Führung unserer liberalen Forschungsministerin Bettina Stark- Watzinger hat die Zeichen der Zeit früh erkannt und unmittelbar nach dem Durchbruch in den USA einen Forschungsaustausch zwischen deutschen und amerikanischen Forschern auf den Weg gebracht und zeitgleich die Mittel für die Fusionsforschung in der schwierigen Haushaltslage trotzdem aufgestockt. Auch wenn die Grünen mit ihrer ideologischen Ablehnung gegenüber allem, was das Wort „Kern" im Namen hat, sich sehr skeptisch zeigen, so ist dies die Gelegenheit für uns Liberale dieses Thema zu unserem zu machen.

Diese Bundesregierung hat die Chance die richtigen Rahmenbedingungen für die Fusionsenergie zu schaffen. Dabei sollten wir den Beispielen aus den USA und Großbritannien folgen, indem die Kernfusion außerhalb des Atomgesetzes geregelt wird. Die hohen Auflagen für Kraftwerke im Bereich Kernspaltung sind nachvollziehbar (und ein Grund, warum die sichersten Kernkraftwerke der Welt in Deutschland stehen), aber sie sind unverhältnismäßig für die Entwicklung von neuen Kernfusionsreaktoren. Wir brauchen hier kein Moratorium für die Entwicklung, sondern wir brauchen ein Moratorium für staatliche Regulierung, damit die echten Innovationsträger aus der Privatwirtschaft den Weg in eine Zukunft ebnen können, wo wir sichere, saubere und günstige Energie für alle Menschen in diesem Land zu einer Realität machen. Wir Liberale haben hier auch einen kommunikativen Vorteil. Denn wir sind in der Lage von einer besseren Zukunft zu träumen, vor der man keine Angst haben muss.

TEXT:
ALEXANDER KOBUSS (25)
arbeitet als parlamentarischer Referent im Deutschen Bundestag für den Bereich Forschung und Bildung. Er promoviert zur Geschichte der sozialen Marktwirtschaft und leitet den Bundesarbeitskreis Wirtschaft/Finanzen der Julis. Darüber hinaus ist er der Bezirksvorsitzende der Julis Berlin-Mitte. Ihr erreicht ihn unter ***kobuss@julis.de***

E-Fuels, ja bitte!

Die Debatte um das von der EU-Kommission angestrebte „Verbrenner-Verbot" hat als Begleiterscheinung die Diskussion um synthetische Kraftstoffe neu entfacht. Dabei wurde an vielen Stellen mit der Produktionseffizienz im Zusammenhang mit der auf absehbare Zeit knappen Ressource grünen Wasserstoff argumentiert. Dieser, so die Kritiker, sei als Champagner der Energiewende viel zu kostbar, um ihn für die ineffiziente Produktion von synthetischen Kraftstoffen einzusetzen. Doch die Realität, auf die wir uns derzeit klimatisch zubewegen, erfordert alle technischen Möglichkeiten, die wir auf ebenfalls absehbare Zeit zur Verfügung haben werden.

E-Fuels bzw. synthetische Kraftstoffe sind eine klimaneutrale Technologie. Fahrzeuge, Flugzeuge und Schiffe jeder Art können bereits heute mit synthetischen Kraftstoffen betrieben werden. Die Infrastruktur, die wir für fossile Kraftstoffe in den vergangenen Jahrzehnten geschaffen haben, kann bei der Nutzung synthetischer Kraftstoffe weiterhin verwendet werden und in vielen Bereichen werden synthetische Kraftstoffe auf absehbare Zeit die einzige klimaneutrale Option sein:

Denn erstens sind synthetische Kraftstoffe der einzige klimaneutrale Energieträger, der eine vergleichbare Energiedichte aufweist wie seine fossilen Pendants. Nach aktueller Studienlage wird die EU zukünftig einer der größten Importeure von grünem Wasserstoff sein. Vergleicht man zwei große Tankschiffe, eines mit Wasserstoff und das zweite mit synthetischen Kraftstoffen, braucht es für die gleiche Energiemenge beim Wasserstoff zwei zusätzliche Schiffe, was zulasten des Wasserstoffs bei seiner Transporteffizienz geht. Es ist daher sehr wahrscheinlich, dass die globalen Wasserstofftransporte künftig in Form von synthetischen Kraftstoffen abgewickelt werden.

Zweitens ist die Bestandsflotte im PKW-Bereich heute weit davon entfernt, vollkommen elektrifiziert zu werden. Im Gegenteil, die Absatz- und Zulassungszahlen nehmen vor dem Hintergrund einer veränderten Förderkulisse und gestiegenen Strompreisen sogar ab. Es wird deutlich, dass wir dies auch bis 2045 nicht vollkommen ändern werden können, wenn man eine durchschnittliche Nutzungsdauer privater PKW von ca. 12 Jahren zugrunde legt. Darüber hinaus wird es auch global gesehen eine große Bestandsflotte mit Verbrennungsmotoren geben, die auf klimaneutrale Kraftstoffe angewiesen sein wird.

Vor diesem Hintergrund ist ein Verbot synthetischer Kraftstoffe, so wie es die EU-Kommission vorgeschlagen hat, besonders kurzsichtig. E-Fuels werden aufgrund des global entstehenden Markts, ihrer infrastrukturellen Anschlussfähigkeit, den vielseitigen und flexiblen Einsatzbereichen sowie den Innovationsanreizen für die deutsche Autoindustrie ein fester Bestandteil des klimaneutralen Verkehrs der Zukunft sein.

Doch kommen wir zurück zum grünen Wasserstoff („Champagner"), der zu kostbar für die Produktion von synthetischen Kraftstoffen ist. Nach dem derzeitigen Stand der Forschung ist die Bundesrepublik kein idealer Standort für die Produktion von grünem Wasserstoff. Dies bedeutet, dass wir auch nach 2045 noch von Energieimporten abhängig sein werden. Energieimporte von besseren Standorten, die selber entscheiden, welches Molekül sie produzieren wollen und in welcher Form dieses transportiert werden soll. In Kombination mit dem von mir angerissenen Markt für E-Fuels wird es auch für Deutschland die Möglichkeit geben, synthetische Kraftstoffe mithilfe von den sich derzeit im Bau befindlichen LNG-Terminals zu importieren.

Denn der entstehende globale Markt für synthetische Kraftstoffe wird diese auch zu uns bringen, unabhängig von ihrer schlechten Produktionseffizienz. Diese gilt auch für Rindfleisch, was den globalen Markt nicht davon abgehalten hat, das Steak in jeden Winkel dieses Planeten zu exportieren.

Die Erwartungen an E-Fuels sind falsch

Ich bin für Technologieoffenheit. Anzunehmen, dass der Staat am besten weiß welche Technologie die geeignetste ist und diese deshalb vorbestimmt, ist ein Trugschluss, der die Innovationskraft von Industrie und Forschung außen vor lässt. Deswegen setzen wir Liberale uns auf dem Weg zur Klimaneutralität für die Bepreisung von Treibhausgasemissionen über einen Zertifikatehandel ein, damit die Marktakteure selbst über die beste Technologie entscheiden und CO2 an der kosteneffizientesten Stelle einsparen können - ganz ohne staatliche Bevormundung. Insofern handelt es sich um eine gewisse Ironie, dass ich nun eine Contra-Position zu E-Fuels verfasse. Doch für die interne Debatte, ist solch eine Einordnung meines Erachtens erforderlich.

Deutschland soll bis 2045 klimaneutral werden. Dafür müssen die Emissionen runter, vor allem im Verkehrssektor, der entgegen anderer Sektoren seit 1990 beinahe keine Emissionsminderungen geschafft hat. Handlungsbedarf ist also dringend geboten. E-Fuels bieten hier den Vorteil, dass sie existierende Verbrenner auch über 2045 hinaus klimaneutral betreiben können. Die Crux an der Sache liegt aber in der Herstellung der E-Fuels und im Betrieb der Verbrenner. Summiert man über Elektrolyse, Synthese und Verbrennung im Motor die Energieverluste auf, nutzen E-Fuels am Ende nur 15% der ursprünglich investierten Energie. Elektrofahrzeuge haben zwar auch Energieverluste (z.B. natürliches Entladen des Akkus), der effizientere Motor sorgt aber dafür, dass E-Autos am Ende einen Wirkungsgrad von 70% haben. Fahrzeuge, die mit E-Fuels betrieben werden, benötigen also etwa 5 mal soviel Energie wie ein Elektroauto und sind damit äußerst ineffizient.

Angesichts der Elektrifizierung unseres Landes (Stichwort Wärmepumpe und grüner Wasserstoff) werden wir bereits einen stark steigenden Energiebedarf haben. Ergänzt um die aktuelle Energiekrise und die schleppende Energiewende stellt sich die Frage, woher die klimaneutrale Energie zur Erzeugung der E-Fuels für die fast 70 Millionen Kfz in Deutschland kommen soll. Auch ein Import für E-Fuels stellt nach aktueller Prognose des international renommierten PIK keine Alternative dar. Wenn alle bisher angekündigten Projekte zur E-Fuel Erzeugung realisiert würden, würde das globale Angebot daraus 2035 gerade 10% des in Deutschland unverzichtbaren E-Fuel-Bedarfs (Flugverkehr, Schiffsverkehr und stoffliche Nutzung in der Chemie) decken. Damit würde 2035 kein einziges Auto mit E-Fuels fahren können, weder in Deutschland noch weltweit.

E-Fuels werden also in den nächsten Jahrzehnten für PKW keine Alternative sein, um die Klimaziele zu erreichen. Und doch werden E-Fuels anderswo eine wichtige Rolle spielen. Im Flug- oder Schiffsverkehr haben Batterien eine zu geringe Energiedichte, als dass sie eine Alternative darstellen. Die Chemieindustrie benötigt diese ebenfalls zwingend. Hier sind E-Fuels und daher auch Subventionen zur weiteren Erforschung und Angebotsausweitung sinnvoll.

Wer jedoch in E-Fuels eine massentaugliche Alternative zum Weiterbetrieb von Verbrennern sieht, führt damit die Bürger in die Irre. Wenn Politiker an Scheinlösungen festhalten, die sich nicht umsetzen lassen, sollten wir uns auch selbstkritisch hinterfragen, inwieweit dies zum Vertrauensverlust beim Wähler beiträgt. Gerade in Regierungsverantwortung ist es unsere Pflicht, nicht nur die richtigen Konzepte zu erarbeiten, sondern auch deren Auswirkungen ehrlich zu kommunizieren.

TEXT (JA): LOUIS FUHRMANN (27)
arbeitet als wissenschaftlicher Referent in der FDP-Bundestagsfraktion. Zuvor studierte er Politikwissenschaft in seiner Heimat Bielefeld und in Münster. Ihr erreicht Ihn unter ***louis.fuhrmann@fdpbt.de***

TEXT (NEIN): TIMO GUMPP
studiert im Master Wirtschaftsinformatik an der Universität Mannheim. Als stellvertretender Leiter des Bundesarbeitskreis Umwelt, Energie, Verkehr und Bau der JuLis sowie als stellvertretender Leiter des Bundesfachausschusses Klima und Energie der FDP setzt er sich bei Jugendorganisation und Partei für Klimaschutz ein. Über Anregungen und Kritik freut sich Timo gerne über ***timo.gumpp@julis.de***

Einmal Energiewende, se faz favor

Portugal liegt in den EU-Rankings über die Nutzung erneuerbarer Energien fast ganz vorne. Aber wie kommt es eigentlich dazu?

Möchte man in den Süden Portugals reisen, wird man wohl in den wenigsten Fällen um eine Reise durch Faro, der Hauptstadt der Algarve, herumkommen. In den weißen Häusern, die ein Netz von kleinen Gassen über die hügelige Südküste spinnen, leben rund 46 000 Einwohner. Es gibt zwei Autobahnanschlüsse und sechs Bahnsteige. Alles in allem eben doch eher klein und beschaulich. Es sind aber auch Kleinigkeiten, die eben dann auffallen, wenn man etwas genauer hinsieht. So stehen auf den Erhebungen Richtung Landesinneren immer wieder Windräder – noch häufiger bemerkt man aber Photovoltaikanlagen: auf Dächern, zwischen Limettenbäumen oder auf einem Truck, der vor der Eingangshalle des Flughafens geparkt ist. Und das sind keine Ausnahmen. Portugal liegt in den EU-Rankings, die den Ausbau erneuerbarer Energien in den einzelnen Mitgliedsstaaten darstellen, meist ganz weit vorne, oft zwischen den skandinavischen Ländern. Schon im Jahr 2021 konnten die Portugiesen 62 % ihres Energieverbrauchs aus Erneuerbaren ziehen, das Ziel von 80 % ist für 2026 vorgesehen und damit sogar um vier Jahre vorgezogen worden.

Grund dafür sind unter anderem Großprojekte wie Solara4, etwa eineinhalb Autostunden von Faro entfernt. Was hier silbrig glänzt ist nicht das Meer, sondern 700 000 Solarmodule, die sich über die Hügel der Algarve erstrecken. Diese Module können die rund 3000 Sonnenstunden im Süden Portugals nutzen und kommen damit auf eine Leistung von 219 Megawatt. Damit ist der Solarpark nicht nur der größte des Landes, sondern auch der größte Europas, der ganz ohne staatliche Förderung auskommt. Investor ist hier die Allianz. Finanziert wird Solara4 durch die sogenannten Power Purchase Agreements (PPA). Bei diesen handelt es sich um spezielle Stromlieferverträge zwischen einem Kraftwerksbetreiber und einem größeren Abnehmer, der entweder selbst sehr viel Strom benötigt oder ihn weiterverkauft. Die Allianz hat sich durch ihre Investition in Solara4 eine Versorgung für die nächsten 20 Jahre gesichert.

Ein Sprung an die Westküste des Landes. Hier liegt die Hafenstadt Sines, die auch als „Hydrogen Valley" bezeichnet wird – und dieser Name kommt nicht von ungefähr. 2021 ist das letzte Kohlekraftwerk in Sines vom Netz gegangen, in diesem sollen nun bis 2025 im Rahmen des Projekts GreenH2Atlantic rund 50 000 Tonnen klimafreundlichen Wasserstoffs und knapp 500 000 Tonnen Ammoniak (das ähnlich wie Wasserstoff verwendet werden kann) produziert werden können. Damit läge die Leistung in etwa fünfmal höher als zu Zeiten der Nutzung als Kohlekraftwerk. Die notwendige Energie für die Wasserstoffproduktion kann in Portugal relativ einfach und günstig durch Sonne und Wind geschaffen werden.

Aber auch das Wasser, dass das Land auf der iberischen Halbinsel ja zum großen Teil umgibt, wissen die Portugiesen zu nutzen. Seit August 2020 unterstützen die drei Turbinen des Windparks WindFloat Altlantic das portugiesische Netz. Bei den 207 m hohen Windrädern auf ihren rund 30 m hohen Plattformen handelt es sich um den ersten schwimmenden Windpark Kontinentaleuropas. Gebaut wurden sowohl die gelben Verankerungen als auch die Windräder von 2018 bis 2020 an Land, bevor sie dann mit Schiffen 18 km vor die Küste vor Viana do Castelo geschleppt und dort in einer Tiefe von 100 m verankert wurden. Versorgt werden können hiermit etwa 25 000 portugiesische Haushalte im Jahr.

Nicht zu vergessen sind die Gewässer im Inland. Der Alqueva-Stausee in der Nähe der spanischen Landesgrenze leistet bereits als Wasserkraftwerk einen Beitrag zur Energieversorgung. Dazu kam im Juli 2022 Europas größter schwimmender Solarpark – ein weiterer portugiesischer Rekord im europäischen Vergleich. 12 000 Module mit einer Leistung von 7,5 Gigawattstunden konnten hier problemlos an bestehende Stromnetz angeschlossen werden, da eine entsprechende Infrastruktur durch das Wasserkraftwerk bereits besteht.

Natürlich gibt es aber auch im Süden Zeiten, in denen die Sonne weniger scheint oder es einfach windstill ist. In diesem Fall spielt der Fluss Tamega eine entscheide Rolle. Hier gibt es zwei Stauseen, einen niedriger und einen höher gelegenen. Dazwischen befinden sich acht Kilometer an unterirdischen Tunnelrohren. Im oberen Stausee sammelt sich Wasser, das aus dem unteren See gepumpt werden kann. Oben zeigt sich das Energielevel: viel Wasser bedeutet viel Energie, wenig Wasser bedeutet wenig Energie. Wird Energie benötigt kann sie durch Pumpen erzeugt werden, ist Energie im Überschuss kann sie gespeichert werden.

Sollte der Fall eintreten, dass weder Sonne noch Wind zur Versorgung beitragen können, hat das Becken die Kapazität, 1,5 Millionen Haushalte für 24 Stunden zu versorgen.

Solara4, das „Hydrogen Valley", WindFloat Atlantic, der Alqueva-Stausee und die Becken am Tamega: alle diese Projekte leisten einen Beitrag dazu, Portugals Energie grüner zu machen. Und sie könnten am Ende auch der EU nutzen. Bereits 2015 haben sich Spanien, Frankreich und Portugal darauf geeinigt, eine entsprechende Infrastruktur zu schaffen, um den Strom von der iberischen Halbinsel durch die Grand Nation der Rest-EU zugänglich zu machen. Drei Jahre später fiel dann die Entscheidung, eine Verbindungskapazität von 15 % erreichen zu wollen. Die Europäische Kommission unterstützt dieses Vorhaben mit 578 Millionen Euro. Eine geplante Fertigstellung musste allerdings bereits von 2025 auf 2027 verschoben werden und von spanischer Seite wurde leise Kritik an dem französischen Kooperationswillen geäußert – dabei wäre die Umsetzung ein weiterer wichtiger Schritt für die Energieunabhängigkeit der EU. Immerhin an anderer Stelle funktioniert die Zusammenarbeit etwas reibungsloser. Im Herbst 2020 hat Portugal mit der niederländischen Regierung eine Absichtserklärung unterzeichnet, um grünen Wasserstoff aus der Hafenstadt Sines, also dem „Hydrogen Valley", zukünftig über den Hafen Rotterdam importieren zu lassen.

Aber wie kommt es eigentlich dazu, dass Portugal sich in diesem Umfang im europäischen Vergleich in Sachen erneuerbare Energien behaupten kann? Portugal nutzt seine Standortvorteile, ganz klar. Außerdem hat Portugal schon 2010 die Möglichkeit gesehen, durch den Ausbau erneuerbarer Energien aus dem Tal nach der Finanzkrise zu kommen. Zu diesem Zeitpunkt lag die Verschuldung bei 9,3 % des BIP und etwa jeder zehnte Portugiese war arbeitslos. Das Ziel damals war: unabhängig von Gas- und Ölimporten zu werden und durch die Infrastrukturprojekte über 120 000 Arbeitsplätze zu schaffen. Allein in den letzten paar Jahren sind durch die erneuerbaren Energien 45 000 neue Arbeitsplätze entstanden. Zudem herrscht in der Politik fast durchgängig Konsens für diese Vorhaben. Fast alle Parteien haben bei den Präsidentschaftswahlen vor zwei Jahren für den Ausbau der erneuerbaren Energien geworben – auch die rechtsgerichteten.

Wind, Sonne, Meer: was für die meisten Portugal als Urlaubsland attraktiv macht, wissen auch die Portugiesen selbst für sich zu nutzen. Das Land ist ein gutes Beispiel dafür, wie ein Standort im besten Fall genutzt und nicht nur die bestehende Infrastruktur erhalten werden kann, sondern auch wie sämtliche Technologien in neue Großprojekte einbezogen werden können.

TEXT: LEONIE VOGLER (21) ist stellvertretende Leiterin des Bundesarbeitskreises Offene Gesellschaft. Sie studiert Jura in München und ist für so ziemlich jedes Thema zu begeistern, vor allem aber für alles was mit Chancengerechtigkeit, Innenpolitik und Bergen zu tun hat. Du erreichst sie unter ***leonie.vogler@julis.de***

Kleben statt reden

Sie vereinen, spalten, polarisieren: Die Letzte Generation und ihre "Klimakleber".
Kaum etwas geht in den deutschen Medien gerade so viral, wie all die Videos von sturen "Sekundenkleberfetischisten" und aufgebrachten Pendlern, die Diskussionen über die Maßnahmen der Letzten Generation haben längst unsere Wohnzimmer und Küchentische erreicht. Dabei traut man sich oft weder, mit den gesellschaftlich von der breiten Masse abgelehnten Maßnahmen der größtenteils jugendlichen Aktivisten zu sympathisieren, noch, sie und ihr Engagement für den Klimaschutz - ungeachtet ihrer Mittel - zu verurteilen. Und so steht man dann da; gefangen im meist wenig objektiven gesellschaftlichen Diskurs. Muss das sein?

GUT ORGANISIERT

Hitzewellen, Überschwemmungen, Wasserknappheit - der Klimawandel trifft uns alle, man kann ihn längst nicht mehr leugnen. In seinem Angesicht sieht die "Letzte Generation" sich deshalb dazu berufen, die Menschen aufzurütteln. Da sie sich, wie ihr Name schon sagt, in ihrer Existenz und die Lebensgrundlagen folgender Generationen bedroht sehen. Doch wer steckt eigentlich hinter der, wie es auf der Website der Organisation heißt, selbsternannten "Widerstandsgruppe gegen den fossilen Wahnsinn unserer Gegenwart"?
Die hierarchisch aufgebaute Organisation untersteht einer dreiköpfigen deutschen Führung, der verschiedene Teams und diesen wiederum mehrere Arbeitsgemeinschaften unterstehen, die die unterschiedlichen Aufgaben vom Festlegen der Kampagnienziele über die Finanzierung und der Rechssicherheit bis hin zur Pressearbeit übernehmen. Durchgesetzt werden die beschlossenen Maßnahmen dann von den regionalen Widerstandsgruppen, von denen es mittlerweile in jeder größeren Stadt welche gibt; teilweise hunderte Personen stark.
Und die Letzte Generation ist damit nicht allein: Das internationale Netzwerk "A22" versammelt unter sich die 11 ihm angehörigen, weltweit verbreiteten Widerstandsgruppen wie die "Letzte Generation" und versorgt sie über den US-amerikanischen Climate Emergency Fund mit Geldmitteln. 2022 betrug das Budget der Letzten Generation in Deutschland nach eigenen Angaben demnach rund eine Million Euro.

UM AUFZURÜTTELN

Mit ihren Finanzen geht die Organisation ebenso transparent um wie mit den Identitäten ihrer Mitglieder und den Verantwortlichkeiten für Aktionen. Und so sehr diese vielen auch auf die Nerven gehen - ziviler Ungehorsam ist in Deutschland und vielen anderen europäischen Ländern ein legitimes Mittel zum Ausdruck von Unzufriedenheit und zum Ausüben von Druck auf Politik und Gesellschaft. Genau das ist schließlich auch das Ziel der Widerständler: Druck machen. Auf die kleinen Menschen, um ihr Konsumverhalten und ihren Umgang mit Mutter Natur zu überdenken und auf die großen, die Politik, diesbezüglich Klimaschutzmaßnahmen zu treffen und die menschengemachte Erderwärmung einzudämmen. Dabei reicht es ihnen nicht, dass Deutschland bis 2045 klimaneutral sein möchte. Treibhausgaseindämmungen und der Ausbau erneuerbarer Energien sind ihren Ansichten nach nicht genug im Kampf um das 1,5-Grad-Ziel. Leider werden auf den Straßen konkrete Gegenvorschläge aber nur selten deutlich.
Die Ziele? Straßen, Flughäfen, Gemälde. Ihre Mittel? Plakate, Kartoffelbrei, Sekundenkleber. Der Output? Anfeindungen, Kopfschütteln und Gewalt.

ZU KÄMPFEN

Der als ziviler Ungehorsam einiger Jugendlicher begonnene Widerstand artet längst in Straßenschlachten aus und endet immer häufiger hinter den Toren deutscher Gerichte. Doch nicht nur die Aktivisten selbst sehen dabei oft schweren Strafen entgegen, sondern auch von ihren Aktionen Betroffene sowie Polizeileute; denn in welchem Verhältnis Straßenblockaden zu Schmerzgriffen stehen, wird zunehmend im Gerichtssaal geklärt.
Die Jugendlichen sind nicht nur teilweise verhältnisloser Polizeigewalt ausgesetzt, sondern auch der ungehemmten Wut der durch sie blockierten Autofahrenden. Sowohl verbal als auch physisch setzen sich die Widerständler mit ihren Aktionen immer wieder Gewalt aus. Natürlich müssen sie sich auch in den sozialen Medien täglich heftiger Kritik stellen und immer wieder stehen Vorwürfe der Blockierung von Krankentransporten im Raum. Bei Unglücksfällen wie dem Tod einer verunglückten Radfahrerin während einer Aktion auf der A100 im Oktober haben häufig fehlende Rettungsgassen durch die verursachten Staus die Verzögerungen der Rettungswagen zur Folge. Im medialen, aufgeheitzten Diskurs wird jedoch meistens von Hass und Hetze überschattet, dass nicht die eine zweckmäßige Lücke freihaltenden, festgeklebten Jugendlichen an solchen Unfällen die Schuld tragen.

ZUR FAKTENLAGE

Man sollte weder versuchen, die teilweise ganze Stadtteile umfassenden Maßnahmen der Letzten Generation, noch die ihnen entgegengebrachten Gewaltakte zu rechtfertigen. Fest steht aber, dass die Widerständler ihre Zukunft massiv durch den Klimawandel bedroht sehen und dieser für jeden von uns eine reale Bedrohung darstellt. Diese Bedrohung kann zwar nicht Deutschland allein lösen, dennoch scheint es angebracht, als reicher Industriestaat inmitten von Europa unaufhörlich gegen den Klimawandel anzukämpfen, so gut es uns gesellschaftlich und jedem einzelnen möglich ist. Deutschland ist für knapp zwei Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich. Es ist unbestreitbar, dass es als eine der größten Industrienationen wesentlich zur Klimaerwärmung beiträgt und gerade deshalb als Vorbild in Europa dienen muss, wenn es um deren Eindämmung geht. Und leider ebenso bewiesen, dass weitreichenderen Maßnahmen noch zu oft Lobbyismus und politische Machtinteressen im Wege stehen. In der Weltrangliste beim Klimaschutz liegt Deutschland derzeit im Mittelfeld nur auf Platz 19. Doch sollten wir uns deshalb alle auf der Straße festkleben?

ALS FAZIT

Nein. Mann kann nie genug gegen den Klimawandel unternehmen, doch Deutschland geht mit seinen Klimaschutzmaßnahmen den richtigen Weg und natürlich können wir nicht über Nacht die Welt retten. Die Aktionen der Letzten Generation sind größtenteils völlig legal und werden oft unverhältnismäßig hart niedergeschlagen - dennoch kann und muss man sie dafür kritisieren. Dem Klima hilft es nicht, kilometerlange Staus zu verursachen und die Menschen gegen die eigene, eigentlich doch uns alle betreffende Sache aufzubringen. Wer möchte, dass mehr Menschen mit ihm kämpfen und die Wichtigkeit seines Ziels erkennen, der muss mit ihnen ins Gespräch kommen, sie zu seinen Freunden machen - und nicht zu seinen Feinden. In meinen Augen haben die meisten Aktionen der Organisation einen eher kontraproduktiven Effekt auf den Stellenwert des Klimaschutzes in unserer Industriegesellschaft.
Dabei sollte man allerdings nicht vergessen, dass die Letzte Generation nicht nur Menschen mit Sekundenkleber auf die Straße schickt, sondern auch Informationskonferenzen anbietet, zu denen man sich auf der Website anmelden kann.

EINE LÖSUNG

Wir leben in einer Demokratie. Unsere Gesellschaft lebt von gegenseitiger Toleranz, Akzeptanz und Rücksichtnahme. Statt uns auf den Straßen mit Gewalt zu begegnen und im Verborgenen Schläge gegen Verkehr und Konsum zu planen, müssen wir offen miteinander über Probleme und Sorgen kommunizieren. Miteinander und mit der Politik. Wir müssen Meinungen frei äußern und Gegenstimmen akzeptieren können, damit Anstrengungen wie die der Aktivisten der Letzten Generation nicht in Entzweeiung münden, sondern in Zusammenhalt.
Klimaschutz ist keine Alleinangelegenheit der Politik, sondern geht uns alle an. Der Klimawandel bedroht über kurz oder lang unser aller Leben, wie wir es kennen, und jede Person auf der Welt kann und muss wenigstens einen kleinen Beitrag dazu leisten, dass wir es noch lange mit der Natur und in Sicherheit vor ihren Katastrophen genießen können.
Es ist definitiv niemandem damit geholfen, friedliche Demonstrierende zu bekämpfen. Doch kein noch so richtiges und nobles Ziel erreicht man mit den falschen Mitteln und dem Kampf in die falsche Richtung.

TEXT:
MIKA SCHLEGEL (18) ist angehender Student in Leipzig und setzt sich kommunalpolitisch und darüber hinaus politisch und journalistisch aktiv für mehr Mitbestimmung und Toleranz ein, wobei ihm die Themen LGBTQIA+, Feminismus und Rassismus besonders am Herzen liegen. Er ist Schatzmeister des JuLi-Kreisverbandes Nordthüringen. Ihr erreicht ihn unter ***schlegel.ronja2005@gmail.com***

Wie umgehen mit der AfD?

Jeder 5. Wählende würde aktuell bei einer Bundestagswahl auf dem Stimmzettel ein Kreuz bei der AfD machen, in meinem Heimatbundesland Sachsen ist es fast jeder Dritte, der die Partei wählen würde. In ganz Deutschland erfährt die AfD gerade ein Umfragehoch, wie es niemand für möglich hielt. Mit der Wahl eines Landrats in Thüringen und eines hauptamtlichen Bürgermeisters in Sachsen-Anhalt geht die Angst durch Deutschland, dass die Partei auch bei bedeutenderen Wahlen Mehrheiten erringen könnte. Gerade im Osten ist die Gefahr groß, dass Koalitionen ohne die AfD kaum möglich werden. Während die Partei in den westdeutschen Bundesländern kaum über 20 Prozent kommt, ist sie im Osten fast überall bei über 30 Prozent.

Was führt gerade im Osten zum Erfolg der AfD? Was können wir demokratische Parteien dagegen tun?

Warum man diese Fragen stellen muss, liegt auf der Hand. Die Partei ist rechtsextrem, rassistisch, sexistisch und macht vor allem Politik mit Ressentiments. Sie schürt Hass durch Fake-News im Bundestag oder auf ihren Social-Media-Kanälen, hetzt Menschen gegeneinander auf und führt unsere Diskussionskultur ad absurdum. Sie toleriert und fördert Politiker*innen in ihren Reihen, die auf geflüchtete Menschen an der Grenze schießen lassen wollen, die auf Kleinstaaterei und Nationalismus statt Europäischer Idee setzen, die das Dritte Reich glorifizieren, die unsere Vergangenheit und die damit zusammenhängende Erinnerungskultur verschwinden lassen oder Nazi-Vokabular salonfähig machen wollen.

Kurzum, der Partei widerstrebt ein zentrales Element unseres Zusammenlebens, was die Gründer der Bundesrepublik mit „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ umschrieben: Die Anerkennung, dass Menschen keinen gegeneinander aufzuwiegenden „Wert“ haben und alle auf ihre Weise „wertvoll“ sind. Folgende Ausführungen sollen die Positionen dieser menschenverachtenden Partei nicht legitimieren, sie sollen vielmehr als Ansätze zur Erklärung für das Wahlverhalten dienen.

Dass die AfD aktuell an Zustimmung in Ost und West gewinnt, liegt in der mittelmäßig bewerteten Performance der Ampelkoalition und der damit verbundenen Unzufriedenheit.

Doch auf dem Gebiet der ehemaligen DDR, dem „Osten“, erfährt die Partei relativ betrachtet die doppelte Zustimmung. Die Gründe dafür liegen tiefer als in der tagesaktuellen Politik, zu finden in der Periode nach der Wiedervereinigung. Dazu ein kleines Gedankenspiel:

Die Mauer fällt, die DDR tritt dem „Geltungsbereich des Grundgesetzes“ bei und beide Staaten sind nach 40 Jahren endlich wiedervereint. Die alten Eliten der DDR werden, in den meisten Fällen nachvollziehbarerweise aufgrund ihrer Konformität mit der SED, ersetzt. Das führt dazu, dass Menschen aus der Bundesrepublik in den Osten gehen, um diese leeren Stellen zu besetzen. Auch in Zukunft rücken hier keine Menschen mit ostdeutschem Hintergrund nach, sondern dieses „System“ erhält sich selbst und zieht weiter Westdeutsche auf diese Stellen. Ich möchte nicht meckern, noch weniger eine „Ossi-Quote“ einführen. Aber 1,7 Prozent Ostdeutsche in Führungspositionen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR, zu welchem Ergebnis eine MDR-Studie aus dem Jahr 2016 kommt, ist deutlich zu wenig. Viele Menschen in Ostdeutschland fühlen sich hier kaum repräsentiert, zumal ihnen „blühende Landschaften“ versprochen worden. Dass das Vertrauen in die Politiker*innen und in den Staat bei vielen erschöpft ist, wenn man seine eigene Region als Ostdeutscher kaum mitgestalten kann, erscheint für mich nachvollziehbar. Zumal hier auch ein finanzieller Aspekt mitschwingt: Noch heute herrscht ein Lohnunterschied von mindestens 20 Prozent. Ab hier können wir einmal den aktuellen Blick werfen: während der Energiekrise im Winter waren die Preise für Öl, Gas und Strom in Thüringen oder Brandenburg beispielsweise höher als in Hamburg oder NRW. Menschen in Brandenburg oder Thüringen verdienen weniger und haben keine ganze Generation gehabt, anders als Menschen im Westen, um Rücklagen aufzubauen. Nun erscheint eine AfD mit ihren Forderungen als „ganz vernünftig“, da sie „Lösungen“ für die Menschen parat hat: Energie weiterhin aus Russland beziehen und die Atomkraftwerke laufen zu lassen. Gleichsam verbreiten die AfD-Propagandisten bei Maischberger, Lanz oder auf ihren SM-Kanälen diese Botschaft, gefüttert mit Falschbehauptungen wie „der Westen trägt eine Mitschuld an Russlands Krieg“ oder des Schürens von Angst vor einem Blackout im Winter. Viele Bürger*innen können nun guten Gewissens die AfD wählen, denn sie präsentiert eine vermeintliche Lösung. Lösungsvorschlage anderer Parteien gelten für viele nicht, da man ihnen nicht mehr traut aufgrund von versprochenen, aber immer noch fehlendem oder vermeintlich fehlendem Erfolg der Transformationsprozesse nach 1990.

Einen weiteren Grund für den Erfolg der AfD spielt der Faktor, dass im Osten grundsätzlich eine höhere Ablehnung und mehr Ressentiments gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund oder die LGBTQI+-Community herrschen. Über die Ursachen dessen kann man lange diskutieren, viele Ostdeutsche fühlen sich selbst als „vernachlässigte“ Gruppe, die kaum Anerkennung von der Mehrheitsbevölkerung erhält und gegenüber welcher man mit gewissen Vorurteilen begegnet. Darauf kann die AfD mit ihren Ressentiments nur aufbauen und die Wähler*innen abholen, gleichzeitig verstärkt sie die Ablehnung gewisser Gruppen durch ihren Auftritt.

Aber was heißt das nun für den Umgang mit der Partei?

Zuallererst sollten sich die demokratischen Parteien im Kampf gegen die AfD vielleicht einig werden, was das Ziel dieses „Kampfes“ überhaupt ist. Auf der einen Seite steht die völlige Isolation der AfD, aktuell oft umschrieben mit der sogenannten Brandmauer.

Auf der anderen Seite muss es Ziel sein, die Zustimmung der Wähler*innen zur AfD deutlich zu verringern. Aktuell kann man aber beobachten, dass die Isolation der AfD als einziges Mittel zur Bekämpfung ihrer Popularität kein probates Mittel ist, im Gegenteil. Im aktuellen Umgang mit der AfD fühlen sich viele Wähler*innen nicht ernst genommen, gerade wenn man sich Politiktalkshows zu dem Thema ansieht. Selten bis gar nicht ist die AfD eingeladen, und noch viel weniger wird über die tatsächlichen Ursachen gesprochen. Wenn bspw. Joachim Gauck bei Markus Lanz sagt, „Diese Typen kommen bei uns nie an die Macht in Deutschland“, wünsche ich mir das genauso sehr, bei der Aussage habe ich aber große Zweifel, ob sie nicht eher der AfD nützen. Die Partei propagiert immer, dass alle „Altparteien“ (demokratische Parteien) „unter einer Decke stecken“, eine solche Aussage Gaucks spielt ihnen daher nur in die Hände. Ich glaube, man muss die Partei weitaus öfter in Talkshows einladen, und dort darf ihnen vor allem nicht nur vorgeworfen werden, dass sie Hass und Hetze betreiben. Man muss sich mit ihnen auch inhaltlich auseinandersetzen. Nur so fühlt sich der Wählende in seiner Wahlentscheidung auch ernst genommen. Eine Lanz-Sendung blieb mir in Erinnerung, weil sie die AfD und ihre Positionen ganz sagenhaft entzaubert hat: Mojib Latif, renommierter Klimaforscher diskutiert mit Steffen Kotré, energiepolitischer Sprecher der AfD-Fraktion. Man konnte beobachten, wie die Partei in Form von Herrn Kotré keine Antworten auf die Zukunft Deutschlands im Bezug mit energie- und klimapolitischen Fragen hatte.

Gleichzeitig darf man nicht alle (vermeintlich) rechten Themen, welche von anderen Parteien angesprochen werden, als „AfD-Sprech“ brandmarken. Als Friedrich Merz von „kleinen Paschas“ in Schulen spricht, ist das definitiv eine rassistische Aussage und muss auch kritisiert werden, gleichzeitig spricht er aber ein Problem an, auf dass im darauffolgenden Diskurs kaum eingegangen wurde. Viele Menschen sehen darin aber, wie er, ebenfalls ein Problem, fühlen sich von den demokratischen Parteien kaum ernst genommen, weil über das eigentlich angesprochene Thema nicht diskutiert werde.

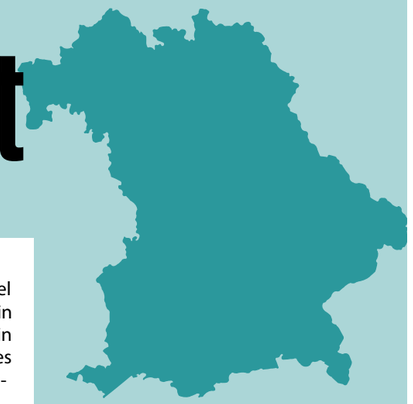
Mein Vorschlag: sachpolitischer Umgang mit der AfD, aber niemals Zusammenarbeit. Das heißt für mich, keinen Aufschrei zu machen, wenn die AfD gemeinsam mit anderen für bestimmte Anträge stimmt. Gerade auf kommunaler Ebene gibt es oft inhaltliche Überschneidungen und lässt sich in Zukunft kaum verhindern. Sobald Parteien aber auf die AfD zugehen, auf ihre Mehrheiten angewiesen sind oder gar Kandidaten unterstützen, müssen im gesamten Land die Alarmglocken schrillen und die Brandmauer verteidigt werden. Und Menschen in Ostdeutschland müssen mehr Chancen kriegen, ihr Land auch mitzugestalten und dürfen nicht strukturell weniger verdienen, dann steigt das Vertrauen in die demokratischen Parteien wieder.

Denn, diese Partei DARF bei uns niemals an die Macht kommen!

TEXT:
LAURENZ FRENZEL (17) geht in Sachsen zur Schule und ist aktuell im BAK Liberale Schüler aktiv. Er interessiert sich sehr für Bildungspolitik und Projekte zur Demokratiestärkung.
Ihr erreicht ihn unter: ***frenzellaurenz@icloud.com***

LIBERALITAS BAVARIAE –

die Bayerische Freiheit



Das ist ein viel gerühmtes Motto hier im Freistaat Bayern. Kurz auf die Formel gebracht „Leben und Leben lassen“. Ein hehres Ideal nach dem auch wir JuLis in Bayern natürlich streben. Leider wird es aber mit zu wenig Leben auch tatsächlich gefüllt. Ministerpräsident Markus Söder möchte Bayern als Freistaat als Gegenstück zur „Verbotsampel im Norden“ darstellen. Er hat wohl selbst vergessen, dass er es war, der es vor kurzem den bayerischen Bürgerinnen und Bürgern noch verboten hatte auf einer Parkbank ein Buch zu lesen.
Generell ist in Bayern viel verboten was mit „Leben und Leben lassen“ dann nichts mehr zu tun hat.
Den eigenen Laden nach 20 Uhr öffnen? Verboten. An „stillen Feiertagen“ feiern? Verboten. Bayerische Behörde ohne Kreuz im Eck? Verboten. Wenn es nach den Gras-Grantlern der CSU geht, bleibt auch Cannabis in Bayern verboten. Dazu die härtesten Regeln, was die Präventivhaft angeht – bis zu zwei Monaten kann man in Bayern präventiv eingesperrt werden. Eine Regelung die aktuell vor allem Aktivisten der „Letzten Generation“ zu spüren bekommen. Stärksten Eingriffsbefugnisse für die Polizei. Das ist die „Bayerische Freiheit“? Sicher nicht! Aber genau darum geht es im jetzt laufenden Landtagswahlkampf hier bei uns im Süden.
Aktuell ist in Bayern der politische Diskurs vor allem durch die Bundesebene überlagert. Und in Bayern sind zwei Drittel der Bevölkerung mit der Ampel in Berlin unzufrieden. Söder und sein Kabinett sind darüber sicher froh. So kommt die eigene, schlechte Regierungsbilanz nicht ganz so zum Vorschein. In Bildungsrankings ist Bayern nicht mehr die Nummer 1, in der Zahl von Patenten ist Bayern abgerutscht – also gerade bei den wichtigen Zukunftsthemen Bildung und Forschung schwächelt Bayern. Dazu kommt die Blockade Politik der Staatsregierung in der Vergangenheit beim Ausbau der wichtigen Stromtrassen aus dem Norden in den Süden – etwas was man jetzt schnellstmöglich nach holen muss. Denn auch in Bayern sind Energiepreise neben dem Fachkräftemangel das entscheidende Thema für die Wirtschaft!
Es gab in dieser Legislaturperiode 4 Untersuchungsausschüsse – von Maskenaffäre über NSU zu „Zukunftsmuseum“ (Verdacht der zu teuren Anmietung eines Gebäudes von einem Bauunternehmer der zufällig an die CSU gespendet hat) und 2. Stammstecke (Kostensteigerung wurde von Staatsregierung verheimlicht, weil „kein Gewinnerthema“ (Aktenvermerk) – und Söder wollte eben Kanzler werden).
Schluss mit CSU-Spezlwirtschaft! Bayern braucht einen #Freistart23! Als JuLis Bayern verpassen wir dem Freistaat einen solchen!
Wir kämpfen für ein Wahlrecht ab 16. Nächstes Jahr dürfen 16-Jährige das erste Mal bei der Europawahl bundesweit wählen gehen. In Bayern darf mit 16 aktuell noch nicht mal den Gemeinderat vor Ort wählen. Wer soll das noch verstehen? Die Jungen leben am längsten mit den politischen Entscheidungen von heute – daher müssen wir ihnen auch eine Stimme geben.
Wir kämpfen für weltbeste Bildung in Bayern. Wichtig dabei ist für uns mehr Schulautonomie. Die Schulen vor Ort wissen am besten, was sie wirklich brauchen. Daher wollen wir ihnen mehr Autonomie geben. Braucht es in der Schule mehr technische Ausrüstung? Einen IT-Hausmeister für die Wartung der Technik? Oder eine Schulsozialarbeiter? Nicht alles kann man zentral aus München am besten steuern. Mehr Autonomie bei Personal und Finanzen würde unseren Schulen viel helfen.
Wir kämpfen für ein Ende der Öffnungsverbotszeiten. Wir wollen Ladenöffnungszeiten von 24/7 ermöglichen. Bayern hat aktuell einer der strengsten Regelungen der Ladenöffnungszeiten Europas. Das ist in der heutigen Zeit absolut nicht angemessen. Jeder Ladenbesitzer muss selbst entscheiden dürfen, wann er seinen Laden öffnen möchte.
Wir kämpfen für den Ausbau von Infrastruktur. Dazu gehören die verschleppten Stromtrassen genauso wie
Und natürlich kämpfen wir für die Liberalitas Bavariae. Ein Ende der Regelungen an Stillen Feiertagen, Einschränkung der Präventivhaft, Einschränkung der Eingriffsbefugnisse der Polizei. Und natürlich setzen wir uns dafür ein, dass die Legalisierung auch in Bayern ankommt und nicht an allen Stell durch die Staatsregierung blockiert wird.
Wir freuen uns, wenn Du mit uns (wahl) kämpfst und Du beim Get-Out-the-Vote-Wochenende vom 30.09. bis zum 2.10. zu uns nach Bayern kommst! Gemeinsam schaffen wir den historischen Wiedereinzug in den Bayerischen Landtag für die FDP und mehr Freiheit in Bayern! Wir freuen uns auf euch!

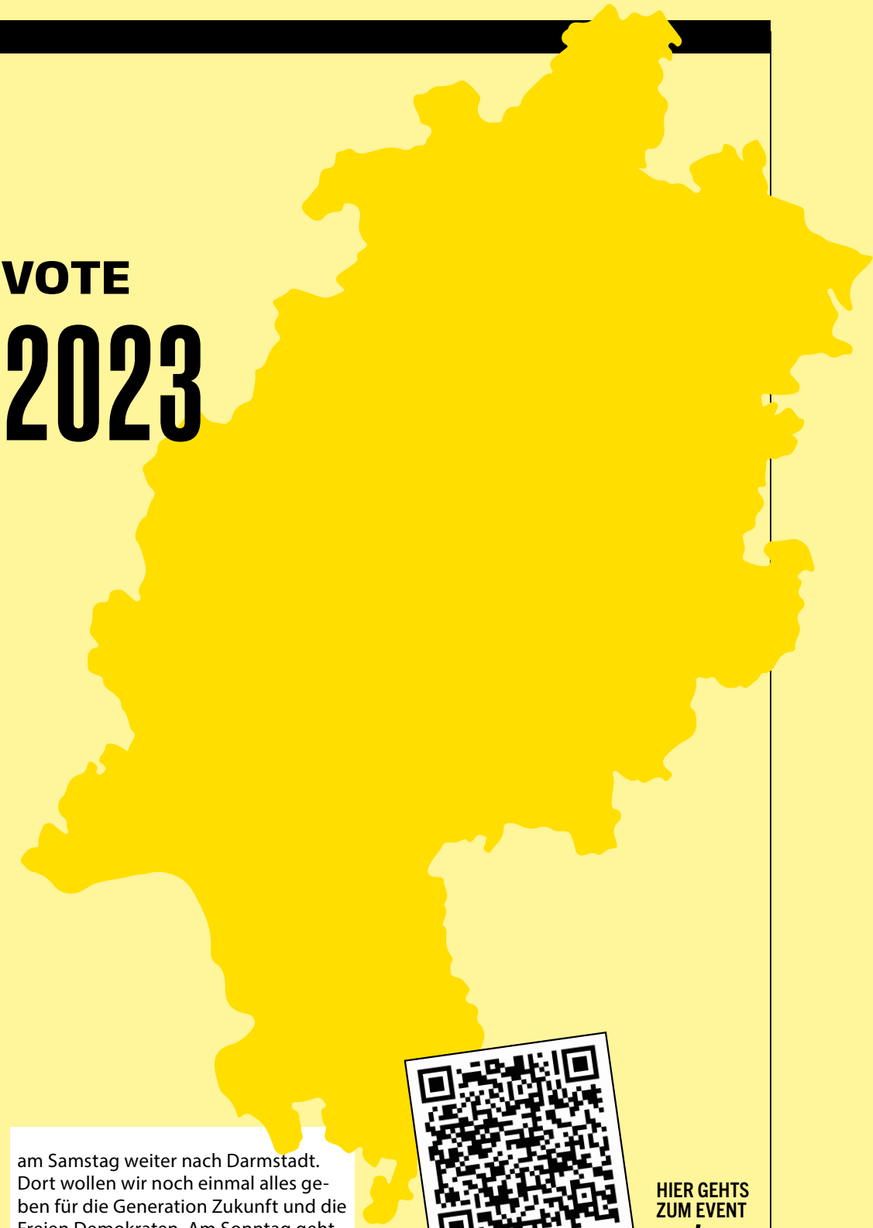
WAHLALTER 16 JETZT

HIER GEHTS ZUM EVENT

LEGALIZE IT

GET OUT THE VOTE

Hessen 2023



Hessen ein Land der Mitte. Leider noch nicht politisch, dafür aber in vielen anderen Dingen, denn die Bilanz nach 10 Jahren Schwarzgrün in Hessen maximal mittelmäßig. Das hessische Bildungssystem? Mittelmaß. Die Verkehrspolitik? Kaum Schienen oder Radwege ausgebaut, den Ausbau von Autobahnen verlangsamt bis verhindert. Die Wirtschaft? Schrumpft, während die Bürokratie und die Ministerien wachsen.
Kurzum: Die hessische Landesregierung steht für Stillstand und kein Vorankommen, so wie der Stau auf unseren Autobahnen, die nicht fertig werden.
Die Bilanz von 10 Jahren schwarzgrün in Hessen ist ernüchternd, ein Land, in dem so viel schlummert, wird bewusst klein gehalten.
Das wollen wir ändern und am 08. Oktober dafür sorgen, dass die FDP mit einem starken Ergebnis in den Landtag einzieht und am Ende auch mitregiert. Dafür brauchen wir aber auch Eure Unterstützung im Wahlkampf! Wisst ihr wie viel Stimmen 2018 gefehlt haben, dass schwarzgrün seine Mehrheit verloren hätte? 99 Stimmen in einem Wahlkreis. Das zeigt eins, es kommt auf jeden einzelnen an und daher zählen wir voll auf Euch im Wahlkampf!
Am Wahlwochenende vom 06.-08. Oktober findet unser Get-out-the-vote Wochenende statt und dazu wollen wir Euch herzlich einladen. Wir starten am Freitagmittag bei unserer JuLi Spitzenkandidatin Lisa Deißler in Marburg. Nach verschiedenen Aktionen und einem tollen Nachtwahlkampf in der Studentenstadt Marburg, fahren wir am Samstag weiter nach Darmstadt. Dort wollen wir noch einmal alles geben für die Generation Zukunft und die Freien Demokraten. Am Sonntag geht es dann zum Abschluss nach Frankfurt. Wir freuen uns auf Euch!

Eure JuLis Hessen

P.S. solltet ihr zum Wochenende nicht können, freuen wir uns natürlich auch sonst auf Eure Unterstützung! Auf unserer Homepage findet ihr einen Kalender mit den verschiedenen Aktionen, die wir in Hessen planen. Schaut vorbei!

HIER GEHTS ZUM EVENT

KLIMAPOLITIK

ohne Ibuprofen

Die Dosis macht das Gift. Wenn zu viel Wein an einem Abend getrunken wird und am nächsten Tag Kopfschmerzen auftreten, bleibt nicht mehr viel vom Genuss des Weins. Die Qualität des Weins mag oftmals für die Kopfschmerzen verantwortlich sein, aber bei zu viel Wein ist es aber sicherlich auch die Menge.
Versuchen wir, dieses Bild auf die Klimapolitik in Deutschland zu übertragen:
Manchmal hat man den Eindruck, dass gerade in der Klimapolitik hierzulande ein regelrechter Überbietungswettbewerb um immer ehrgeizigere Ziele und hältere Maßnahmen stattfindet. Politiker auf EU-, Bundes-, Landes- und zum Teil sogar auf kommunaler Ebene kämpfen um die Spitzenposition im Rennen um den weitest gehenden Klimaschutz. Streng nach dem Motto: Wer bietet mehr Klimaschutz? Oder eher – Wer verlangt mehr von den Bürgern ab?
Wenn die Ziele nahezu unerreichbar werden und gleichzeitig die Wirkung international gering ist, wenn die Schutzmaßnahmen immer tiefere hoheitliche Eingriffe in das Leben und das Unternehmertum bedeuten und die staatliche Bevormundung überhandnimmt, dann verliert das Ziel „Klimaschutz“ an gesellschaftlichem Rückhalt. Die Parteien der Mitte zahlen dafür den Preis mit dem Verlust an Zustimmungswerten in den demoskopischen Umfragen. Leider sind viel zu häufig die extremistischen Ränder die Gewinner.
Oder, um im

Bild des Weins und der Kopfschmerzen zu bleiben: Wenn die Kopfschmerzen am nächsten Tag zu stark werden, wenn also im übertragenen Sinn die Zustimmung zu Klimaschutzmaßnahmen verloren geht, dann helfen meistens nur noch Kopfschmerztabletten. Das sind in diesem Fall finanzielle Unterstützungsleistungen, damit die Belastungen nicht zu hoch werden oder der Verlust an Freiheit durch die Eingriffe in das Leben oder Unternehmertum entschädigt wird. Die Mittel dafür fallen nicht vom Himmel, sondern werden jeden Tag hart erarbeitet und dann als vermeintliches Heilmittel großzügig verteilt.
Das immer weitere Streben nach mehr Regulierung zum vermeintlichen Wohle des Klimas ist jedoch nicht nötig. Es gibt ein etabliertes und funktionierendes Klimaschutzinstrument, das ohne Verbote und Bevormundung auskommt – der Europäische Emissionshandel mit sinkender CO2-Obergrenze. Einfach erklärt: Die Europäische Union stellt sicher, dass die Menge an CO2, die noch emittiert werden darf, begrenzt ist und eingehalten wird. CO2 wird damit zu einer Ressource, mit der gewirtschaftet werden muss. Durch Angebot und Nachfrage entsteht ein Marktpreis, der Informationen über die relative Knappheit von CO2 liefert.
Mit einem Emissionshandelssystem, das den CO2-Ausstoß begrenzt, lässt sich für alle Sektoren liberaler Klimaschutz betreiben. Es braucht kein Verbot von Verbrennungsmotoren, Flugreisen oder Gasheizungen. Vieler eher muss dieses System auf alle Bereiche ausgeweitet werden.
So wird Klimaschutz effektiv und wirtschaftlich effizient – ohne weitere Freiheitseinschränkungen und Technologieverbote, denn wie die Emissionen reduziert werden, welche Technologie die beste Lösung für das jeweilige Industrieunternehmen oder den jeweiligen Spediteur ist, diktiert nicht der Staat. Es bleibt die freie Entscheidung des Einzelnen.
Durch die CO2-Mengenbegrenzung ist es gesamtgesellschaftlich irrelevant, wo CO2 eingespart wird. Kleinstaatliche Maßnahmen machen den Klimaschutz so nur teuer und ineffizient. Mit Blick auf die Landtagswahlen in Hessen und Bayern muss der Rat an die Politiker daher also lauten: Die Dosis macht das Gift!
Die Länder müssen die Folgenanpassung zum Schwerpunkt ihrer Klimapolitik machen. Sie kennen die Gegebenheiten vor Ort besser als Bund und EU und können dementsprechend wirksamer handeln. Dabei sollten sie insbesondere die Kommunen unterstützen.
Extremwetterereignisse wie Stürme, Starkniederschläge, Kälte-, Hitze- und Dürreperioden gefährden die Gesellschaft. Die Sicherheit von Bürgern, Unternehmen und öffentlicher Infrastruktur in Krisen- und Katastrophenfällen stellt eine Kernaufgabe des Staates dar. Länder und Kommunen haben hier ihre Kompetenz.
Wie relevant und herausfordernd diese Aufgabe für die Länder ist zeigt, der Juli vor zwei Jahren, wo die Hochwasserkatastrophe in der Eifel eine Spur der Verwüstung hinterlassen. Mindestens 136 Menschen kamen ums Leben. 62 Straßenbrücken und 7 Eisenbahnbrücken wurden zerstört – ebenso wie 20 Kilometer der Ahrtalbahn und zahlreiche Straßen. Auch viele Betriebe und Geschäfte sowie 19 Kindertagesstätten und 14 Schulen wurden teils schwer beschädigt.
Länder und Kommunen sind gefordert, schnellstmöglich umfangreiche bauliche Schutzmaßnahmen einzuleiten, um den Lebensraum an die veränderten Wetterbedingungen anzupassen. Diese Maßnahmen könnten beispielsweise die Errichtung von Hochwasserschutzanlagen, die Verbesserung der Isolierung von Gebäuden zum Schutz vor extremen Temperaturen, die Anpflanzung von Bäumen zur urbanen Abkühlung, den Bau von versickerungsfähigen Flächen zur besseren Aufnahme von Starkregen, sowie die Modernisierung von Stromleitungen, Wasserleitungen und Pipelines für erhöhte Widerstandsfähigkeit gegenüber extremen Wetterereignissen beinhalten. Zusätzlich sind Verwaltungsgebäude, Schulen, Verkehrswege, Funkmasten und Kanalisationen den neuen Bedingungen anzupassen. Öffentliche Flächen müssen so umgestaltet werden, dass Starkregen besser abfließen und versickern kann. Messstationen sowie Warn- und Evakuierungssysteme sind auszubauen, damit bei Hochwasser und Sturm rechtzeitig gewarnt und evakuiert werden kann. Die Stadt Frankfurt hat mit einem sogenannten Buddy-Programm für Hitzeperioden ein gutes Beispiel geliefert.
Die ehemalige Verfassungsrichterin Gabriele Britz brachte den Zusammenhang zwischen Klimaschutz und Freiheit einmal so auf den Punkt: „Solange Energienutzung in hohem Maße fossil ist, ist die Möglichkeit, Treibhausgase emittieren zu dürfen, schiere Bedingung von Freiheit.“ Diese Erkenntnis sollte Mahnung und Ansporn zugleich sein.
Nur wenn unsere Klimapolitik in der Gesellschaft Rückhalt hat und ein ökonomischer Erfolg wird, kann sie international Vorbild sein und zum globalen Exportschlager werden. Andernfalls wird unsere Klimapolitik weltweit zum Negativbeispiel mit abschreckender Wirkung.
Eine liberale Klimapolitik ist der Schlüssel hierzu. Durch eine sorgsam ausbalancierte Strategie, die auf bewährten Instrumenten wie dem Emissionshandel basiert und die Besonderheiten von Ländern und Kommunen berücksichtigt, kann der Klimaschutz zu einem Erfolg werden, der nicht nur national, sondern auch international vorbildlich ist. In einem solchen Fall wird das Ziel „Klimaschutz“ nicht zur Last, sondern zu einer Möglichkeit für Innovation, Wachstum und nachhaltigen Fortschritt. Die Kunst liegt darin, das richtige Maß zu finden und dabei die Balance zwischen Ambition und Machbarkeit, zwischen Freiheit und Verantwortung, zu wahren. Nur so wird der Klimaschutz nicht zum Kopfschmerz, sondern zum Wegbereiter einer nachhaltigen Zukunft.

TEXT:
MARIUS SCHÄFER (24) arbeitet als Referent für Energie- und Klimapolitik bei der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände e.V. (VhU).
Er hat VWL studiert und ist Landesschatzmeister der JuLis Hessen. Zudem ist er Kandidat für den hessischen Landtag 2023. Du erreichst ihn unter ***MSchaefer@vhu.de.***

ZEIT ZU HANDELN

Svenja Hahn
Mitglied des Europäischen Parlaments

Wirtschaftswachstum durch mehr Freihandel ist der beste Motor, um gestärkt aus den Krisen der Zeit zu kommen. Es müssen Fortschritte bei den Verhandlungen der Freihandelsabkommen mit Australien, Indien und Indonesien erreicht werden. Die Abkommen mit Neuseeland, Mexiko, Chile und Mercosur müssen ratifiziert werden.

Mehr Handel mit Partnern macht Deutschland und die EU wirtschaftlich und geopolitisch stärker. Im Konflikt Autokratie vs. Demokratie müssen wir die Allianz der Demokratien durch freien Handel ausbauen und Abhängigkeiten von Autokratien verringern.

@svenja_ilona_hahn
/svenjahahnfdp
/svenja_hahn

Die Erde durch besseres Bauen retten? Dann tschüss zu diesen 3 Konzepten!

Für eine echte Bauwende: Adiós Wärmepumpen, Autostädte, Industrielles Bauen

Mittlerweile schallt es aus jedem Kanal: Locker die Hälfte des weltweiten CO2- und Müllaufkommens haben wir allein Gebäuden und der Bauindustrie zu „verdanken". Aber ist das eigentlich ein Naturgesetz – und war das immer so? Die kurze Antwort: Nein!

Tatsächlich war das Bauen bis vor einigen Generationen sogar weitgehend ökologisch ausgeglichen und klimaneutral. Für die etwas genauere Antwort: weiter im Text.

1. Fern-Erdwärme statt Wärmepumpen

Aktuell ist der Wechsel zu Wärmepumpen zur Beheizung von Gebäuden ein ganz heißes Eisen. Was gut gemeint klingt, hat so einige Haken:
Es dauert derzeit sehr lange, eine Wärmepumpe herzustellen und einzubauen. Die Hersteller sind überlastet, bei vielen gibt es eine Wartezeit von einem Jahr. Um ein Zehntel steigen die Preise jährlich. Zudem sind die besonders effizienten Erd-Wärmepumpen für viele Hausbesitzer ohne massive Subventionen zu teuer. Die Kosten klettern mit Installation schnell zur 30.000er Marke – im Bestand kaum zu stemmen für viele Besitzer. In dünn besiedelten Gebieten kann es eine passable Lösung sein. Es kommen jedoch noch Probleme wie hohe Lautstärke, Platzbedarf, Optik, Material- und Wartungsaufwand hinzu.
In dicht besiedelten Gebieten ist die Nutzung von Erdwärme durch die Gemeinden die bessere Idee. Die öffentliche Hand kann die höheren Kosten für die Gewinnung der Erdwärme besser tragen als normale Hausbesitzer. Für die Hausbesitzer bleiben nur die Anschlusskosten. Gemeinden im Raum München machen das bereits erfolgreich.
Erdwärme auf großer Ebene braucht freilich Unterstützung: Die Kosten müssen zuerst vom Bund getragen werden, da Gemeinden oft zu klamme Kassen haben. Wenn z.B. der Straßenbau auf den Prüfstand kommt, können Straßenbaufirmen zeitweise beim Ausbau der Erdwärmenetze aktiv sein.

2. Menschenfreundliche statt autofixierte Städte

Damit sind wir schon bei den Straßen und Autos: immer noch der Deutschen liebstes „Kulturgut"? Das Bild kriegt Risse. Egal wie sehr man nun emotionaler Autoliebhaber ist (ich bin's selbst, ich geb's ja zu :) – schauen wir uns auch nüchtern die Fakten an.
Bei allen Vorteilen effizienter Straßen: Anfangs hat die völlige Autoverrücktheit ab den 1930ern weltweit auch dafür gesorgt, dass viele städtebauliche Probleme geschaffen wurden. In den USA wurden hunderte, einst belebte Innenstädte für Parkplätze plattgemacht, Schienen durch Straßen ersetzt, uferlose Suburbs geschaffen und ganze Stadtviertel durch Highways zerrissen – eine auch „Redlining" genannte Praxis, die Minderheiten ausgrenzte. Diese Fehler versuchen nun die meisten US-Städte zu beheben und sich zu reurbanisieren – ein sehr, sehr teures Unterfangen, aber der Status Quo oder „weiter so" für den Unterhalt zersiedelter Gemeinden mit schier unendlichen Straßenflächen ist noch teurer.[1]
In Europa, vor allem in Deutschland, wurden nach den Kriegszerstörungen ebenso große Straßenschneisen durch die Städte geschlagen. Es wurden zigtausende Altbauten für die „moderne" und „autogerechte Stadt" geopfert. Diese „zweite Zerstörung" war umfassender als jene durch den Krieg selbst. Versiegelte Flächen konnten nicht mehr für Stadträume, Gebäude, Parks oder Landwirtschaft genutzt werden. In den letzten 30 Jahren wucherte die Fläche für Siedlungen und Verkehr um fast 30%, während die Bevölkerung nur um etwa 4% gewachsen ist.
Wissings Verkehrsministerium scheint dennoch auf mehr Straßen setzen zu wollen, obwohl diese oft nachweislich zu mehr Problemen führen. Laut ADAC stehen die Deutschen jedes Jahr fast eine halbe Million km im Stau, Tendenz steigend. Und warten müssen wir all das auch, das Problem zeigt sich massiv bei den bröckelnden Brücken.
Um das zu ändern, müssen(!) wir uns stärker auf barrierearme Fußwege, Radwege und Öffis fokussieren. Nur bei Alternativen steigen wir um. E-Autos oder E-Fuels lösen kein Platzproblem auf den Straßen, deren Raum dringend auch für andere Transportmittel und mehr Grünflächen benötigt wird. Bei Bauprojekten sollten wir uns auf geschützte grüne Innenhöfe in Blockrandbebauung, echte Parks und Vorgärten konzentrieren, anstatt nutzlose halböffentliche „Abstandsflächen" zu schaffen. Das ist effizientes Flächenmanagement für lebenswertere Orte.

3. Tschüss fossiles, hallo natürliches Bauen

Etwa 20% unserer Energie werden allein im Bauwesen verpulvert – vor allem für industrielle Materialien wie Beton, Stahl, Glas, Aluminium und Erdöl-basierte Kunststoffe. Diese von Fossilbrennstoffen abhängige Bauweise verursacht viele Probleme für Mensch und Umwelt. Und sie hält uns von autokratischen Ländern und ihren Ressourcen abhängig.
Tatsächlich wurde bis etwa 1900 weltweit nachhaltig mit natürlichen Materialien wie Ziegeln, Holz, Lehm und Naturstein gebaut. Sogar der antike römische Beton ist dem modernen weit überlegen. Im 19. Jahrhundert entstanden neue Stadtteile rasend schnell, aber dennoch mit natürlichen Materialien und Liebe zum Detail. Die meisten Menschen bevorzugen Altbauten wegen ihres Charmes und der Lebensqualität. Diverse Studien zeigen diese Präferenz deutlich, sie liegt teilweise bei 80% gegenüber Nachkriegs- und Neubaugebieten. Was der Markt verlangt, sind also Neubauten in „Altbauqualität".[2] Doch wer schafft mehr Neubau-Angebot, das so gut wie Altbauviertel ist? Einige Architekturbüros, wie Treese, Patzschke und Nöfer kommen dem nahe. Oft noch höherpreisig, gibt es auch erschwingliche Objekte, was mit steigendem Angebot zunimmt.[3]
Dennoch werden heute noch meist schlechte Flachdächer und seelenlose Betonklötze mit Tonnen von Kunststoffen gebaut und mit unnötiger Technik überfrachtet. Gleichzeitig werden solide Altbauten abgerissen, oft gegen den Willen der Gemeinschaft, für vermeintlich „effiziente" Neubauten. Aber kann das wirklich als „grün" bezeichnet werden?
Doch zum Glück können wir den Öltanker abdrehen lassen, für nachhaltig schöne und von Importen unabhängige Städte. Das ist eine Schnittstellenaufgabe zwischen Verkehrs-, Klima- und Bauministerium.
Die weltweit tätige Organisation INTBAU wirbt für nachhaltig schönes Bauen. Das heißt: knüpfen wir an die bewährten und gut verfügbaren regionalen Materialien und Bautechniken an. Ein Umstieg ist schnell möglich! Die dann entschleunigte Bautätigkeit gleicht sich durch kleinteiligere, resilientere Bauprojekte aus.
Zudem werden oft Bestandsbauten für Neubauten abgerissen, was viel „graue Energie" kostet. Dies gilt es für die Nachhaltigkeit und den Erhalt günstiger Wohnungen möglichst zu vermeiden. Der eigentliche Netto-Neubaubedarf ist bei einer seit langem stagnierenden Gesamtbevölkerung gering. Seit dem Trend zum Remote und Home Office stehen auch viele Bürobauten leer und können u.a. zu Wohnungen umgebaut werden.
Die Bau- und Baustoffindustrie kann sinnvolle Beiträge leisten: dafür müssen wir Anreize zum Umbau im Bestand, zu regionalen Baustoffen und zum Verzicht auf Beton, Metalle und Kunststoffe schaffen.
Fazit: Uns steht ein Kraftakt bevor, der jedoch zu stemmen ist, wenn auch nicht mit den Hebeln des Marktes allein. Es zahlt sich volkswirtschaftlich rasch aus: wir kommen schneller los von Gas- und Rohstoffimporten, werden früher klimaneutral, mehr Flächen werden geschont und entsiegelt, unsere Städte werden lebenswerter und flexibler, wir haben wieder mehr Einfluss auf unser Umfeld und sparen langfristig enorm viel Geld. Lassen wir es aus jedem Kanal schallen: die echte Bauwende ist erreichbar!

TEXT:
HELM ANDREAS HEIGL
Starnberg,
Architekturbüro Studio Di Monaco,
bart.urban@outlook.com

BERTRAM BARTHEL
Berlin, Chairman INTBAU
Germany (Netzwerk für nachhaltiges, schönes Bauen)
bart.urban@outlook.com

[1] vgl. StrongTowns.org „6 Principles for Building a Strong Town" und „The Real Reason Your City has no Money"
[2] vgl. https://theaestheticcity.com/resources/ und Bundesbaublatt: „Wie schön müssen Häuser und Straßenzüge sein?"
[3] Projekte weltweit: vgl.newtrad.org

Kunstfreiheit?

Nur solange sie ins Narrativ passt!

Im Februar 2023 ist die Primavera-Statue aus dem OSLO-Foyer der Europa-Universität in Flensburg entfernt und gegen ein regenbogenfarbenes Fragezeichen ersetzt worden. Was passend ist, da der Abbau durchaus Fragen aufwirft. Wieso entfernt eine Universität ihre Kunst? Reicht das Votum einer lauten Minderheit dafür aus? Was für ein Verständnis von Weiblichkeit hat die Universität in Flensburg?

Die „Primavera"-Statue ist eine 1,20 Meter große Bronze-Statue, die angedeutete Brüste und ein breites Becken hat. Der Künstler, Fritz During, dachte bei der Plastik an „Frühling" und „Neubeginn". Nun musste die Figur nach 67 Jahren weichen, da sich Studentinnen angeblich bei dem Anblick der nackten Statue „unwohl" gefühlt hätten. Der Gleichstellungs- und Diversitätsausschuss der Europa-Universität Flensburg ist mit der Begründung zum Präsidium der Universität gegangen, die Statue würde „Weiblichkeit auf Fruchtbarkeit und Gebärfähigkeit" reduzieren sowie „keinen Hauch von Intellektualität" zulassen. Das hat zum Abbau der Statue geführt. Somit ist Kunst ohne Diskurs oder Beschluss verschwunden und im Büro des Gebäudemanagers gelandet.

Ich finde es erschreckend, dass in diesem Fall ein Gleichstellungs- und Diversitätsausschuss nicht anerkennt, dass Frauen und ihre Darstellungen nicht zwingend eine „Denkerpose" benötigen, damit ihnen ein „Hauch von Intellektualität" zugeschrieben werden kann. Meiner Meinung nach sollten wir als Gesellschaft gerade davon wegkommen, dass Frauen sich in gewisse Passformen zwingen müssen, damit ihnen Intellekt, Glaubwürdigkeit und Seriosität abgenommen werden.

Zum anderen ist es höchst problematisch, dass ein Ausschuss sich erdreistet hat demokratische Prozesse zu umgehen, um die eigene angeblich „feministische" Agenda durchzubringen. Dabei ist das Narrativ auch so gelegt worden, dass es sich angeblich um viele Studentinnen gehandelt hätte. Zumindest behauptet der Gleichstellungs- und Diversitätsausschuss dies. Fragt man aber bei dem Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA) der Europa-Universität Flensburg nach, erscheint ein anderes Bild: „Die Statue sei bei der Studierendenschaft bis zum Abbau kein Thema gewesen und bei uns hat sich auch noch nie ein Student über die Ästhetik der „Primavera" beschwert", sagt der AStA Vorstand der Universität Flensburg dazu. Es sieht immer mehr danach aus, als hätte der Gleichstellungs- und Diversitätsausschuss im Alleingang gehandelt – und wahrlich keine Lanze für den Feminismus gebrochen.

Ich frage mich eher: Warum sollten sich Studentinnen an einer Universität mit einem Frauenanteil von 70 Prozent unwohl bei dem Anblick einer nackten Frauendarstellung fühlen? Sollten Frauen nicht emanzipiert genug sein, um einen nackten Frauenkörper schön finden zu können? Und um den Bogen zurück zur Kunstfreiheit zu spannen: Soll Kunst nicht gerade genau das? Anregen, aufregen und auch mal nicht gefallen?

Meines Erachtens ist der Anspruch ein vermessener, wenn man – nur weil einem Kunst nicht gefällt – diese Kunst (aus dem öffentlichen Raum) entfernen will. Aus diesem Grund habe ich eine Online-Protestaktion gestartet, in der Frauen ein Bild von sich in den sozialen Medien posten und auf ein Plakat schreiben: „Ist mein Becken zu gebärfreudig für das OSLO-Foyer?" und dabei die Europa-Universität Flensburg markieren. Ganz viele Frauen haben bundesweit mitgemacht, diese Aktion unterstützt und mir Mut zugesprochen. Ich bekomme viele Rückmeldungen für diese Aktion – und das generationsübergreifend. Mit der „Primavera"-Debatte ist ein Nerv getroffen worden, da viele Frauen das Gefühl haben, dass ihnen wieder etwas vorgeschrieben wird – in diesem Fall, welche Darstellung von Weiblichkeit gefallen darf und welche nicht.

Doch was sagt das über Universitäten und Hochschulen aus? Dass Regeln und Konzepte dann umgangen werden können, wenn es der Ideologie entspricht. Eine Statue ohne Beschluss und Diskurs abzubauen, weil sie als „sexistisch" gedeutet werden könnte? Kein Problem. Weil es in den vermeintlichen Wertecodex der Universität passt. Von Kunstfreiheit und Debattenkultur fehlt jede Spur. Da kann man nur hoffen, dass die Europa-Universität Flensburg wieder zur Besinnung kommt und ihrem Namen gerecht wird.

TEXT:
ALINA JACOBS (21)
ist Kreisvorsitzende der JuLis Flensburg. Sie studiert Deutsch und Philosophie auf Lehramt und ist aktuell im AStA-Vorstand der Europa-Universität Flensburg. Sie ist selbstständig als Poetry Slammerin und ist daran interessiert, Politik für Frauen zugänglicher zu machen. Ihr erreicht sie unter: ***jacobs@julis-flensburg.de***

WIR GESTALTEN DAS LAND VON MORGEN.

Ausbau erneuerbarer Energien entfesselt • Ausbau Lade- und Wasserstoffinfrastruktur beschleunigt • Ausgleich der kalten Progression • BAföG-Reformen • Blutspendeverbot für homosexuelle Männer aufgehoben • Bundestag verkleinert • Bürgergeld mit faireren Zuverdienstregeln • Bürokratieentlastung • Cannabis-Legalisierung begonnen • Coronamaßnahmen beendet • Deutschlandticket • Digital- und Gigabitstrategie • EEG-Umlage abgeschafft • Einwanderungsgesetz mit Punktesystem nach kanadischem Vorbild • Gas- und Strompreisbremsen • Heizungsgesetz vom Kopf auf die Füße gestellt • Homeoffice-Pauschale entfristet • Kindergeld erhöht • Kindersofortzuschlag • LNG-Terminals • Mitarbeiterkapitalbeteiligung in Start-ups endlich verbessert • Nachholfaktor in der Rente für Generationengerechtigkeit • Nationale Sicherheitsstrategie • Ordnung der Migration begonnen, Sonderbevollmächtigten für Migrationsabkommen eingesetzt • Planungsbeschleunigung für Schienen, Straßen, Stromtrassen • Renaissance von Freihandelsabkommen • Schuldenbremse wieder eingehalten • Sektorübergreifender Klimaschutz • Sondervermögen Bundeswehr • Steuerlast gesenkt • Unbegrenzte Zuverdienste Rente • Wachstumschancengesetz angestoßen • Waffenlieferungen an die Ukraine • Weg frei für E-Fuels • Wohngeld-Novelle • 520 € Minijobs • § 219a StGB abgeschafft

@fdpbt @fdpbt @fdpbt fdpbt.de

Freie Demokraten
Fraktion im Bundestag FDP

Dschinns

von Fatma Aydemir

Das Lesezeichen
Jede Ausgabe eine neue Buchrezension

DSCHINNS -FATMA AYDEMIR
Carl Hanser Verlag,
Erscheinungsdatum 14.02.2022,
368 Seiten,
ISBN: 978-3-446-26914-9

Familie, Zugehörigkeit, Heimat und wie es ist, als Einwanderer nach Deutschland zu kommen – also in ein Land, das sich Jahrzehnte lang nicht als Einwanderungsland verstehen wollte.
Darum geht es in dem Roman 2022 erschienenen Roman "Dschinns" von Fatma Aydemir.
Verschiedene Erzählperspektiven nehmen uns mit in die fiktive Familie Yilmaz. Die sechs Familienmitglieder gewähren uns in je einem Kapitel Einblick in ihren Alltag, ihre Wünsche, Ziele, Hoffnungen und Konflikte. So entsteht Stück für Stück ein zwei Generationen umspannender Roman. Von Hüseyin, der als Gastarbeiter nach Deutschland kommt und sich seinen Lebenstraum erfüllen möchte, zu Sevda, die nach Emanzipation und Unabhängigkeit strebt, zu Ümit, der sich mit seiner sexuellen Orientierung auseinandersetzen muss.
So geht es um genauso um Integration, wie um Emanzipation, Diskriminierung, Verantwortung, Queerness und Familie. Dies macht ihn zu einem hochrelevanten Gesellschaftsroman, der schon mehrfach ausgezeichnet wurde.
Auf sehr geschickte Weise schafft es Fatma Aydemir, den vielen Namen- und Gesichtslosen, die in den Statistiken des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge verschwinden, eine Geschichte zu geben: Persönlich und nahbar. Der Roman schafft Szenen, die nachhaltig im Gedächtnis bleiben. Dabei werden gesellschaftliche Konflikte nicht vordergründig thematisiert, sondern bestimmen im Hintergrund die Biographien und persönlichen Geschichten, um die sich die Handlung vor allem dreht.
An vielen Stellen wurde ich mit unangenehmen Wahrheiten und Lebensrealitäten konfrontiert. Es ist schmerzhaft zu lesen, wie in Deutschland mit Menschen anderen kulturellen Hintergrunds umgegangen wird – ist es doch meine Heimat, und damit auch meine Verantwortung. Dass Menschen sich in diesem Land zumindest akzeptiert fühlen, liegt nicht nur an Politik und Ministerien. Dieser Roman macht auch klar, welche Verantwortung jedem Einzelnen von uns zukommt, wenn es um Integration geht. Der Roman regt stark zur Reflektion ungeahnter eigener Vorurteile an.
Ein ausgesprochen intelligenter Roman, der die eigene Perspektive sehr bereichert. Deshalb klare Leseempfehlung.

TEXT:
VERA VON KOPYLOW (25)
studiert Humanmedizin an der Universität zu Lübeck. Derzeit ist sie Beisitzerin für Programmatik im Landesvorstand der JuLis Niedersachsen. Erreichen könnt ihr sie unter *vera.vonkopylow@julis.de*

Impressum

jung+liberal ist das Mitgliedermagazin des Bundesverbandes der Jungen Liberalen. Es erscheint viermal jährlich. Zu beziehen ist jung+liberal per Abonnement, Mitglieder der Jungen Liberalen erhalten das Magazin automatisch im Rahmen ihrer Mitgliedschaft. jung+liberal wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

Herausgeber:
Bundesverband Junge Liberale e.V.
Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin
Telefon: (030) 680 78 55-0
Telefax: (030) 680 78 55-22
E-Mail: info@julis.de

Chefredaktion (V.i.S.d.P):
Samuel Kessler (samuel.kessler@julis.de)

AutorInnen: Bertram Barthel, Paavo Czwikla, Laurenz Frenzel, Louis Fuhrmann, Timo Gumpp, Helm Andreas Heigl, Helena Herzig, Alina Jacobs, Alexander Kobuss, Vera von Kopylow, Marius Schäfer, Mika Schlegel, Jonas Vieten, Leonie Vogler, Niklas Wagner, Nadin Zaya

Auflage: 11.000 Exemplare
Gestaltung: Sebastian Ritschel

Mit dem Namen des Autors versehene Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht, Belegexemplar erbeten. Für unverlangt eingesandte Fotos und Manuskripte übernehmen wir keine Haftung.
Meinungsbeiträge, insbesondere von Gastautoren im Rahmen der Manöverkritik, werden weder inhaltlich noch redaktionell, lediglich auf Rechtschreibung, überarbeitet.
Bei Fragen zur Ausgabe, für eine Aufnahme in den Autorenverteiler, bezüglich Leserbriefe und Blattkritik bitte einfach eine E-Mail an kern-wagner@julis.de schicken.

Bildnachweise
© JuLis/privat, Berlin
Titelfoto: Unsplash.com
Illustrationen und Fotos: Adobe Stock: S. 4 (2), S.6-7 (8) , S. 15, S.18-19, S.20-21, S.22, S.24-25, S.30, S.34-35; Shutterstock: S. 9, S.11; Unsplash.com S.4, S.13, S.16, S.28-29

Dieses Magazin wird gefördert vom
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

PKV
Verband der Privaten Krankenversicherung

Endlich: die Jugendbewegung für jedes Alter.

Der neue Generationenvertrag für die Pflege.

Wenn Alt und Jung zusammenhalten, haben alle eine sichere Zukunft.
Das gilt besonders für die Pflege. Damit sie bezahlbar bleibt, muss sich dringend etwas ändern. Unser Vorschlag: die Älteren solidarisch unterstützen und den Jüngeren die Spielräume für private Vorsorge schaffen.

www.pkv.de/generationenvertrag